

Begabpreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.10 Goldmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 13. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Verkehrsaufnahme in Deutschösterreich

Seit dem heutigen Tagesbeginn.

Wien, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Eisenbahnerstreik...

Heute nachmittags fand die Sitzung der Vertrauensmänner der streikenden Eisenbahner...

Staatliche Republikfeier in Wien.

Wien, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Aus Anlaß des zum Nationalfest...

Am Schluß der Parade verließ der Bundespräsident die ersten Ehrenmänner der Republik...

Einschränkung der Reparationskommission.

Beträchtliche Kostenherabsetzung.

Paris, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission veröffentlicht...

Fortschritte der französischen Etatberatung.

Die Obstruktion der Gerriot-Gegner gescheitert.

Paris, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochs-sitzung der Kammer...

des Strafvollzuges einverstanden, hat jedoch, dem bereits in der Vorbereitung...

Freie oder beschränkte Luftfahrt?

Aufgezwungene Beschränkung dann für alle!

Gegenwärtig finden in Paris Verhandlungen statt, um die für Deutschland überaus lästige Beschränkung...

Wann werden die anderen entwaffnet?

London, 12. November. (W.B.) In der gestrigen Versammlung der englischen Arbeiter...

Italien und das deutsche Eigentum.

Verzicht auf Beschlagnahme von Nachkriegseigentum.

Durch W.B. wird offiziell erklärt: Die von der italienischen Regierung angegebene...

Auch britischer Verzicht?

London, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Es verlautet, daß die englische Regierung...

Der Kampf gegen Mussolini.

Die Kommunisten tanzen außer der Reihe.

Rom, 12. November. (E.P.) Bei der heutigen Wiedereröffnung der Kammer...

Anschluß Giolittis an die Opposition?

Rom, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) In der am Mittwoch wiedereröffneten Sitzung...

Der indische Englanbbankrott. Die Stadtbehörde von Ahmedabad hat beschlossen...

Wahlparole der Unternehmer.

Lange Arbeitszeit und niedrige Löhne.

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie...

Dr. Sorge, der Vorsitzende des Reichsverbandes, der die Verhandlungen leitete...

Dann kamen die üblichen Steuerfächer zum Sprache. Man operierte mit Zahlen...

Als letzter Berichterstatter über die allgemeine industrielle Produktionspolitik...

In diesem Punkte stimmen wir ausnahmsweise dem Generaldirektor Eichberg zu...

Was aber die angeführten Zahlen der Ausfuhr im laufenden Jahre...

Aber wenn Eichberg es vielleicht auch nicht offen ausgesprochen hat...

Wir müssen gestehen, daß uns die Offenheit, mit der die Unternehmer kurz vor den Wahlen ihre Parole ausgeben...

Mehrheit des Ausschusses lehnte sie ab! Es trifft sich nicht minder gut, daß am selben Tage das Wolff-Bureau aus Saarbrücken folgende Meldung bringt:

Auf Grund des Beschlusses der Regierungskommission des Saargebietes vom 7. November ist der Achtstundentag im Saargebiet mit Wirkung vom 8. November gesetzlich festgelegt worden. Die Fassung der Verordnung entspricht nicht vollkommen derjenigen, die der Landesrat in seiner letzten Sitzung angenommen hatte; doch hat auch die Regierungskommission den ursprünglichen Entwurf ergänzt.

Wenn es also nach dem Wahlprogramm des Reichverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ginge, dann würde in Deutschland der Zehnstundentag und vielleicht, wie in der Schwerindustrie, der Zwölfstundentag, wieder eingeführt.

Nehmen wir einmal den mehr als unwahrscheinlichen Fall, daß die Mehrheit der Wähler und Wählerinnen am 7. Dezember den bürgerlichen Parteien ihre Stimme gibt, die dieses Wahlprogramm der Unternehmer annehmen. Nehmen wir weiter den unwahrscheinlichen Fall, daß die deutsche Arbeiterschaft sich den Achtstundentag rauben ließe, das Programm der Unternehmer: Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit, sei verwirklicht. Wie würde etwa zehn Jahre später die Volkswirtschaft in dem Saargebiet aussehen, wo unter französischer Herrschaft der Achtstundentag bisher völlig aufrechterhalten und jetzt dauernd gesetzlich festgelegt worden ist?

Wir beschränken uns darauf, diese Frage an die Herren vom Reichverband und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu richten, die geflissentlich ihren „Patriotismus“ in den Vordergrund stellen. Aber wir kennen ja den Plan der „Verfälschung des Rheinlandes“, und es würde uns nicht sonderlich überraschen, wenn sich gewisse Unternehmer mit einem kleineren Deutschland abfinden würden, vorausgesetzt, sie könnten dagegen die längere Arbeitszeit eintauschen.

Wie dem aber auch sei: Das Wahlprogramm der Unternehmer ist jetzt heraus. Es lautet: Beseitigung des Achtstundentages und niedrige Löhne! Wir wissen, daß der Reichverband der deutschen Industrie wie die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Vertreter in allen bürgerlichen Parteien haben. Es gibt nur eine Sicherheit, dieses Unternehmerprogramm zu Fall zu bringen: sich mit aller Entschlossenheit für den Wahlsieger der Sozialdemokratie einzusetzen!

Die völkische Pleite.

Es fracht an allen Enden.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ bemerkt zu dem von uns schon im gestrigen Abendblatt veröffentlichten Bittelbrief Wulles:

Wahrscheinlich ist es den vaterländischen Verbänden ergangen, die ebenfalls in aller Welt herumrumpfen und sich trotz ihres geschätzten „Rationalbewußtseins“ nicht einmal schämen, in der Schweiz um Geld zu werben. Es ist vorläufig noch verfrüht, darauf näher einzugehen, aber sicher ist, daß die vaterländische Bewegung noch vor den Reichstagswahlen eine besondere Freude erleben wird. Für heute wollen wir nur soviel sagen, daß sich die vaterländische Bewegung auf ausländische Mittel aufbaut und neben ihr aus der gleichen Quelle auch Herr Ludendorff und seine Strategie im Münchener Bürgerbräukeller beachtet worden ist.

Die Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung durch das Ausland war bisher überhaupt nur ein offenes Geheimnis, ohne daß bisher aber positive Beweise für die allgemeine Annahme erbracht werden konnten. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß sich dieser Zustand schon in den nächsten Wochen ändert und unserem Volke endlich gezeigt werden kann, wie die „nationale Bewegung“ in Deutschland international finanziert wird.

Dazu können wir ergänzend mitteilen, daß auch in Mitteldeutschland die Nationalistische Freiheitspartei mächtig wackelt.

Alter und neuer Ruhm.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es ist etwas Eigenartliches, oft auch Tragisches um den Ruhm eines Künstlers. Ein paar Jahrzehnte hat man sich um den Genus, Eugen d'Aubert am Klavier zu hören, geiffen. Die Konzerte des Altmeisters klingen schwebend über ihm, und es gab wirklich kein inbrünstigeres Beien an den Tasten des Flügelns, als wenn d'Aubert sich in die Welt Beethovens verlor. Heute ist das anders. An der Flüchtigkeit seiner Technik, an dem großschaligen Donatensbau erträgt man kaum mehr Anstoß zu nehmen; aber seine innere Ungeöffnetheit, sein an Respektlosigkeit grenzendes Verpaß der Tempi und des im Wert losgeratenden Stimmwertes nehmen Formen an, die das Zuhören nicht mehr zur Annehmlichkeit machen. Ob diesen genialen Musikanten das Klavierspielen nicht mehr interessiert oder ob er durch Produktion abgeleitet, keinen Weg mehr zu anderer als zur Opernkunst findet, das ist schwer zu entscheiden. Seine Zugkraft hat d'Aubert langsam eingebüßt, und es bleibt von dem Pionier, wenn er nicht eine Wiedergeburt an Haupt und Gliedern an sich vornimmt, nur noch die große, schöne, erquickende Jugenderringung.

Einem Unbekannten beim ersten Schritt in die Öffentlichkeit hinhinlich preisen zu können, gehört zu den größten freischen Freuden. Man darf das unerschütterlich bei Simon Goldberg, dem Felsen-Schüler. Der 15jährige geht mit der Reife eines Volksherrn, mit absoluter Sicherheit der Griffe und des Striches, dabei in einer natürlichen Art der Darstellung, die Bewunderung erregt. Ein edler Ton verleiht sich mit einer edlen Empfindung, die beim E-Dur-Konzert von Bach vielleicht noch völlig auf die Worte des Lehrers (schwört in dem verstaubten D-Roll-Konzert von Bocchini (in ungarischer Weise) aber von blühender Selbständigkeit wird. Des Vibrato, die Fülle und Sinnlichkeit des Tons zeugen von einem musikalischen und spezifisch jüdischen Empfinden. Es ist kein Zweifel, daß Simon Goldberg in kürzester Zeit zu den Besten der besten Geiger gehören wird.

Ein Loter wurde im dritten Konzert der Staatsoperkapelle geleitet. Es sollte erwiesen werden, daß dieser Titel in seinem Wert lebendig geblieben ist. Ferruccio Busoni kam in seinem Konzert für Klavier, Orchester und Männerchor Opus 39 zu Worte und seiner Weise trauernden die erschütternden Entsetzungs der maurerischen Schwierigkeit nach. Egon Petri spielte das außerordentlich schwierige Konzert; er ist wohl der einzige Pianist, der es formal und inhaltlich darzustellen, klänglich in den vielen Schattierungen des Erstes und der Heiterkeit inszenieren kann. Der Name Konzert bezeichnet das große, fünfstimmige sinfonische Gebilde nicht richtig. Es ist weder noch der Form hin noch nach der organischen Entwicklung ein einheitliches Gebilde. Sein Höhepunkt ist der dritte, tragisch ernste Teil, in dem tatsächlich eine außerordentliche Erfindung mit einem leidenschaftlichen Verschmelzen von Kunstausdruck, Bewußtheit, Temperament gepaart ist. Auch der Prolog hat große Linie und Schwung. Allerdings scheint hier der Klavierpart stimmlich in nicht sehr erfüllten Absätzen beschirmt. Der italienische Satz ist gewiß blendend virtuos geschrieben, ja wichtig mit seinen Spiegelungen des italieni-

Das Leipziger Blatt der Nationalsozialisten, die „Mitteldeutsche Zeitung“, ist bereits zusammengebrochen, der „Nationalsozialist“ in Chemnitz ist in Schwierigkeiten geraten und auch der „Streiter“ weiß nicht mehr ein und aus.

Das sind immerhin recht interessante Tatsachen. Andere Parteien und Parteizeitungen geraten während der Inflation in Schwierigkeiten und haben sich erst nach der Stabilisierung wieder erholt. Die „Nationalsozialisten“ und die „Vaterländischen“ gehen den umgekehrten Weg. Es ist ihnen nie so glänzend gegangen als während der Inflation. Heute, nachdem das Gespinnst der Inflation fortgeschwunden ist, brechen sie zusammen. Sie beweisen damit, daß sie selbst nichts weiter waren als ein Inflationsgespenst. Wie es vor der Reichstagsauflösung hieß: Fort mit dem Inflationsreichstag, muß es jetzt heißen: Fort mit den Inflationsparteien!

Rechts schwenkt, marsch!

So sieht es aus!

In der „Deutschen Tageszeitung“ kann man in einem langen Artikel nachlesen, daß es mit der Rechtfertigung der Erfüllungspolitik nichts ist. Die Verständigung von London bedeutete keinen Erfolg. Diese Behauptung an sich ist nicht originell. Man kann sie jeden Tag aus dem nationalen Munde hören, seit das deutsch-nationale Schachergeschäft pleite gemacht hat. Originell aber ist die Beweisführung. Die „Deutsche Tageszeitung“ führt nicht weniger als drei auswärtige Gewährsmänner an, um ihre Behauptung zu beweisen. Da findet man neben dem Schweden Cofsel und dem Engländer Regnes den — „Japan Chronicle“. Zu der Beweisführung ihrer eigenen Argumente und Autoritäten haben die deutsch-nationalen offenbar nicht mehr Vertrauen genug, und so nimmt man dann Anleihen beim Auslande auf.

Was beweisen diese ausländischen Autoritäten? Wenn sie mit ihrer Ansicht recht haben, daß der Dawes-Plan für Deutschland eine neue Katastrophe bedeutet, dann sind die Deutsch-nationalen die größten Dummen. Denn sie haben die Annahme der Dawes-Gebote erst möglich gemacht, und sie haben sich diesen „Verrat am Volk“ auch noch bezahlen lassen wollen. Die „Deutsche Tageszeitung“ trägt also die Schande der Deutsch-nationalen Partei an die große Glocke, indem sie die auswärtigen Herren aufmarschieren läßt.

Aber wo eine Dummheit gemacht wird, darf Herr Hergt nicht fehlen. Der Ausländerstimmel, der bei der „Deutschen Tageszeitung“ ausgebrochen ist, scheint anstehend auf ihn zu wirken. Er hat in seiner Augsburger Rede nicht nur seine üblichen Verleumdungen gegen den Reichspräsidenten und die Sozialdemokratie losgelassen, sondern auch eine neue Parole ausgedenkt. Er sagte:

Der englische Ruf nach rechts ist ein gutes Beispiel für die deutschen Wahlen und am 7. Dezember heißt die Parole: Rechts schwenkt, Marsch!

Wie weit muß es mit den Deutsch-nationalen gekommen sein, daß sie sich genötigt sehen, ihren Wählern ausländische Sachverständige und englische Wähler als Muster hinzustellen! Man kann Herrn Hergt und der deutsch-nationalen Partei zu dieser neuesten Wahparole gratulieren. Sie wird einen außergewöhnlichen Wahrfolg haben.

Die Ausschußmitglieder immun.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages stimmte am Mittwoch der früher bereits vertretenen Rechtsansicht zu, daß die Mitglieder des Ueberwachungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses, die nach Artikel 85 der Reichsverfassung auch nach erfolgter Reichstagsauflösung bestehen bleiben, die Immunität bis zum Zusammenritt des neuen Reichstages besitzen. Staatssekretär Zweigert vom Reichsministerium des Innern gibt als Vertreter der Reichsregierung bekannt, daß diese sich bei der Zweifelsfrage der Rechtslage die den Rechten der Mitglieder der Ausschüsse günstigere Auslegung zu eigen gemacht hat. Sie hat daher den Oberreichsanwalt veranlaßt, von

solchen Strafverfolgungsmahnahmen Abstand zu nehmen, durch die eine Beilägung der Mitglieder der beiden Ausschüsse behindert würde. Mit entsprechendem Anträgen wird die Reichsregierung an die Landesregierungen herantreten. Soweit die Entscheidung bei den Gerichten liegt, ist sie allerdings der Entscheidung durch die Verwaltung entzogen. Eine Gewähr dafür, daß die Gerichte die Immunität als gegeben ansehen, besteht bei der Zweifelsfrage der Rechtslage nicht. Die Reichsregierung beabsichtigt deshalb, dem Reichstag eine Gesetzesvorlage vorzulegen, durch die die Immunität der Ausschußmitglieder auch nach Auflösung des Reichstages ausdrücklich sichergestellt wird.

Die beiden kommunistischen Mitglieder des Ausschusses, Ruth Fischer und Thälmann, waren zu den Verhandlungen des Ausschusses nicht erschienen, um sich nicht der Gefahr der Verhaftung auszusetzen. Der Antrag, zwei Stellvertreter den Verhandlungen beiwohnen zu lassen, wurde vom Ausschuß abgelehnt.

Was sagt die deutsche Regierung?

Der zweite Erzberger-Mörder freigelassen.

Die Telegraphen-Union meldet aus Prag: Die Untersuchung gegen den in Pilsen verhafteten Tilleßen ist endgültig eingestellt worden. Da die 30tägige Frist verstrichen ist, ohne daß die deutsche Regierung die Auslieferung verlangt hätte, liegt für eine weitere Festhaltung Tilleßens kein Grund vor. Da er keine Ausreisepapiere hat, kann ihm jedoch der Aufenthalt in der Tschechoslowakei nicht gestattet werden.

Wir sind neugierig, die Gründe zu erfahren, die die deutsche Regierung veranlaßten, gegen den Erzberger-Mörder Tilleßen nichts zu unternehmen.

Braun und Severing im Hochwassergebiet.

Rasche Hilfe der preussischen Regierung.

Der preussische Ministerpräsident Genosse Braun und der Innenminister Genosse Severing wollten am Dienstag im Hochwassergebiet, um sich an Ort und Stelle über die Größe des angerichteten Schadens und die Schwierigkeiten der heimgekehrten Bevölkerung zu informieren. Der Umfang des Schadens kann im Augenblick noch nicht durch eine feste Zahl angegeben werden, aber das sieht bereits fest, daß die Schäden mindestens ebenso groß sind wie bei der Ueberschwemmung des Jahres 1920. Wohl hat der Wasserstand diesmal nicht ganz die Höhe von 1920 erreicht, allein das plötzliche Austreten des Hochwassers hat überall die Rettungs- und Bergungsarbeiten außerordentlich erschwert. Auf Grund der Feststellungen werden schon in den nächsten Tagen vom preussischen Finanzministerium größere Mittel zur Verringerung der Schäden angefordert werden. Die vom Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellten 200 000 Mark waren lediglich als erste rasche Hilfeleistung gedacht.

Von einer Bereitstellung größerer Geldmittel durch das Reich ist im Augenblick noch nichts bekannt. Der Aufruf der Reichsregierung zur Sammlung von Spenden wird am 14. oder 15. d. M. erscheinen. Die vom Reichspräsidenten aus seinem Dispositionsfonds gegebenen 200 000 Mark sollen die Einleitung der Spendenammlung darstellen.

Amlich wird gemeldet: Zum Zweck der beschleunigten Abstellung der durch das Hochwasser im Rheinland entstandenen Schäden hat der Reichspräsident für die Reichsregierung die Oberpräsidenten sowie sämtliche Regierungspräsidenten der Rheinprovinz mit den nötigen Weisungen versehen. Gemäß diesen Anweisungen können in Ergänzung der allgemeinen Hilfsaktion Aufräumungsarbeiten und Hausinstandsetzungen als große Notstandsarbeiten aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert werden, die den Regierungspräsidenten bereits zur Verfügung gestellt worden sind. Als Voraussetzung gilt, daß es sich nicht um laufende Unterhaltungsarbeiten, sondern um die Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit handelt. Als Träger der Notstandsarbeiten kommen die Gemeinden in Frage.

Neues über die Wirkung des Alkohols.

Die Amerikaner, die praktisch keine Gelegenheit mehr haben oder vielmehr haben sollten, sich mit der Wirkung des Alkohols auf den menschlichen Körper zu beschäftigen, geben sich desto mehr theoretischen Untersuchungen hin. Ueber die neuesten Forschungen auf diesem Gebiet wird in der „Linschau“ berichtet:

Man hat besonders untersucht, durch welche Umstände die Menge des ins Blut aufgenommenen Alkohols verringert wird. Je langsamer die Aufnahme erfolgt, um so geringer ist die Trunknebel, die hervorgerufen wird. Im allgemeinen wirkt im Magen vorhandene Nahrung verdrängend; doch haben manche Nahrungsmittel diesen Einfluß stärker als andere. So wird z. B. durch Milch oder Milch und Brot, die 2 1/2 Stunden vor dem Alkohol genommen werden, die Resorption sehr verlangsamt. Dagegen hat Fleisch, das so häufig mit Alkohol zusammen genommen wird, wenig Einfluß auf die Resorption durch das Blut. Versuche, die über die Schnelligkeit und Genauigkeit beim Wasseraufschreiben nach Alkoholkonsum vorgenommen wurden, zeigen, daß die Einwirkung des Alkohols sehr vermindert war, wenn er mit dem Essen oder kurz nach dem Essen genommen wurde.

Der Volks Glaube, daß der Alkohol auch als Nährmittel dienen könne, erweist sich vor dem Forum der Wissenschaft als wenig begründet. Alkohol ist nur insofern ein Nahrungsmittel, als es ein Stoff ist, den der Körper verdauen kann. Die gute Wirkung, die der Wein bei der Wiedergewinnung kranker ausübt, beruht hauptsächlich darauf, daß er nach der gewöhnlichen Nahrung Appetit erregt und eine gewisse Zufriedenheit hervorruft. Die Blutverteilung in der Haut, die durch den Alkohol bewirkt wird, erzeugt Wärmegefühl und Unterdrückung leichter Schmerzen, so daß damit ein Wohlgefühl hervorgerufen wird. Die amerikanischen Gelehrten frugten, daß der Alkohol ein notwendiges Arzneimittel sei; jedenfalls ist er kein spezifisches Mittel wie z. B. des Chinin.

Die Volksmeinung, daß Alkohol bei ständiger Lebensweise gefährlich sei als bei Ueppischer Tätigkeit, ist nicht richtig. Die Erfahrungen der Lebensvorsichtiger lassen erkennen, daß Leute, die keinen Alkohol zu sich nehmen, länger leben als solche, die täglich Alkohol genießen. Aber hierbei spielen noch andere Fragen mit. Im allgemeinen kann man sagen, daß Alkohol zu einer gesunden Lebensführung nicht nötig ist; für Kinder und Personen mit einem schwachen Nervensystem ist er gefährlich.

Leo Blach und die Große Volksoper. Der Betriebsrat der Großen Volksoper schreibt uns: In der Vorkonferenz des Verbands der Großen Volksoper vom 8. der die Vertreter der Bühnengewerkschaft und Vertreter des Deutschen Künstlerverbandes bewohnten, hat der Vorstand Herrn Generalmusikdirektor Blach, nachdem derselbe bereits, dem Orchester auch in dieser schweren Zeit zur Verfügung zu stehen, eine stürmische Ovation largiert. Unsere Stellen der Presse haben diese Tatsache so berichtet, als ob Herr Generalmusikdirektor Blach durch irgendwelche Mittel und Wege eine Bewegung gegen Herrn Lange angestiftet hätte. Der Betriebsrat der Großen Volksoper hat sich mit allem Nachdruck entgegenzusetzen. Die Welt ist in der gesamten Presse festgestellten Tatsachen in der Großen Volksoper durch diese Taktik der Ablenkung nicht aus der Welt zu schaffen. Es hieße die Urteilskraft der Beteiligten doch zu sehr

Kommode Die heute angelegte Orkanufführung von Geroldus Kimmé muß wegen Erkrankung Heine Linnig verschoben werden.

Die Bolschewisterten.

Die Wähler werden nicht mehr gefragt. — Die Listen-aufstellung „besorgt“ die Zentrale. — „Revisionsisten“ können ins Gefängnis wandern.

Die KPD. versucht, an der Listenaufstellung der Sozialdemokratischen Partei herumzumäkeln. Mit wenig Glück. Wie die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagskandidatenlisten zustande kommen, weiß jeder Parteigenosse. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt in voller Öffentlichkeit.

Wie steht es aber damit bei der KPD? Es ist bekannt, daß sich in der KPD. die Gemäßigten und die Radikalen feindselig gegenüberstehen. Die Anhänger des von Moskau befohlenen, für Deutschland wahnwitzigen Terrors wenden diese Methoden vor allem — gegen ihre eigenen Parteigenossen an. Ganze Führergarnituren sind abgesetzt worden. Aus der „Roten Fahne“ und aus anderen kommunistischen Blättern mußten alle Redakteure verschwinden, die sich den Moskauer Befehlen nicht blindlings unterwerfen wollten. Den Stadtverordneten in Rheinland und in Westfalen, die sich weigerten, den Moskauer Blödsinn mitzumachen, ging es nicht besser.

Überall in der KPD. regt sich der Geist der Vernunft, der sich sagt, daß der Arbeiterschaft mit den Moskauer Rezepten nicht gedient ist. Wenn man sich in den Parlamenten, in denen um das Schicksal der Arbeiterschaft gekämpft wird, wie ein Tollhändler benehmt, so ist man damit zwar ein braver Vollstrecker der Befehle aus Moskau, aber die Interessen der Arbeiterschaft müssen bei dieser Taktik ins Hintertreffen geraten. Die Reaktion ist bei dieser Kampfweise der einzige Nutznießer. Das hat man bei dem Entscheidungskampf um den Bürgerblock gesehen.

Hätte die Taktik der kommunistischen Reichstagsfraktion gestiegen, dann stände das Reich heute unter dem Diktat eines deutschen nationalen Bürgerblocks und Preußen wäre denselben Weg gegangen. Gibt es einen Menschen, der der Ansicht ist, daß das gut für die Arbeiterschaft gewesen wäre? Fragt die Prominenten der KPD. selbst, ob sie daran glauben? Ihre Antwort wird ein elendes nationalistisches Geseft am Mehl sein, das sie den Hakenkreuzern abgehört haben und an das der größte Teil der Hakenkreuzer heute selbst nicht mehr glaubt. Aber Moskau hat befohlen, also mußte die Berliner Filiale gehorchen. Die „Verklawung“ durch den Dawes-Plan muß herhalten, um die Verklawung durch Moskau zu verdecken. Das ist der eigentliche Grund und das ist auch der Grund dafür, daß man die Reinsager in der KPD. hinauswirft. Vernunft, Klarheit und Besinnung dürfen sich in der KPD. nicht ausbreiten. Deswegen wird jede Diskussion unterdrückt.

Wenn der Kampf im Reichstag nach den Natwahlen nicht mit einem Bürgerblock unter deutschnationaler Führung endete, so ist das das offen und energische Auftreten der Sozialdemokratischen Partei zu verdanken, das sämtliche anderen Parteien zwang, Farbe zu bekennen, und das zur Reichstagsauflösung führte. Damit ist für die Arbeiterschaft die Bahn freigemacht worden, noch einmal selbst um ihr Schicksal zu kämpfen: Bürgerblock mit all seinen Folgen oder Republikanerblock, in dem der Arbeiter etwas zu sagen hat!

Und die KPD.? Sie gullottiniert weiter, um auch nach den Neuwahlen jere von Moskau befohlene Taktik fortsetzen zu können, die sie an die Seite der ä u h e r s t e n R e a k t i o n , der Schwerindustrie vom rechten Flügel der Volkspartei und der Großagrarien vom Reinsager-Flügel der Deutschnationalen, zwingt. Ist gleich Wahnsinn, hat es Moskau doch befohlen!

Der „Sozialdemokratische PresseDienst“ gibt über die Taktik bei der Kandidatenaufstellung folgenden ausschlußreichen Bericht:

unterschieden, wenn man annimmt, ein Gesamtpersonal ließe sich zu unerschöpflichen Märlereien eines einzelnen, genöche er noch so viel Vertrauen, herabwürdigend. Der Betrücker hat es deshalb für keine Mühe, diesen unerschöpflichen Anaristien gegenüber nachmals in aller Öffentlichkeit die absolut ungenügende Handlung des Herrn Generalkonsultationsdirektors Blich festzustellen.

Generalkonsultationsdirektor Blich erklärt persönlich: „Ich habe seit meinem Eintritt in die Große Volkspartei zu keiner Zeit weder schriftlich noch mündlich zu Angehörigen des Instituts Auftritte gemacht, die geeignet wären, das Wirken des Generalkonsultationsdirektors zu erschweren, zu behindern oder seine Person zu begradigen und herabzuwürdigen. Es ist mich vorzuziehen, daß ich öffentliche Kritik einer künstlerischen Wahnart (H. A. Jankella) zunächst ihm ins Gesicht ausspreche und nachher in aller Form mit Vorständen besprechen habe. Nach viel weniger habe ich zu irgendwem und irgendwem die ausschließliche Kritik herabzuführen oder zu verächtlich verächtlich. Mit öffentlichen Auftritten werden von mir als Lügen und gehässige Verleumdung erklärt.“

Die Freunde des Herrn Conge. Wie bürnenliche Blätter mitteilen hat Statistiker Wege, der sich mit besonderem Eifer des Sozialdemokratischen Parteipersonals annimmt, in Aussicht gestellt, daß die städtische Ausschusskommission durch Bereitstellung größerer Mittel Herrn Conge aufs neue in der Leitung der Volkspartei bestellbar wolle. — Wenn Herr Wege das tatsächlich befehlen sollte, so hätte er damit eine bemerkenswerte Unkenntnis städtischer Angelegenheiten beteuert. Denn die Ausschusskommission hat in ihrer Sitzung vom 6. Dezember ausdrücklich festgestellt: „Der Volkspartei werden bei den kommenden Wahlen und bei der gegenwärtigen Stellung Mittel nicht zur Verfügung gestellt.“

Hans Thoma über „Conterbesuch“. Vor etwa 6 Wochen, als es Hans Thoma schon gar nicht mehr aus ihm, hatte er Besuch von 12 treuen Freunden, einem bekannten Berliner Universitätsprofessor der Medizin und seiner Gattin. Die Gattin ist eine nur wenige Tage, und es Thoma sie hat, droht er zu werden, zies der Professor auf seinen Besuch und darauf, daß Conterbesuch für Thoma zu strengend sei. Der Mitarbeiter erwähnte in seinem breitesten Witz: „Hohat ercht. Mit em Vorbesuch ist es so: „Am ersten Tag e Conter. Am zweiten Tag e Conter. Am dritten Tag e Conter. Wenn ma mei fortgeht.“

Es's Wasse geht in der neuen Rundhandlung, Lantenghen, Straße 8, als Kollektiv-Kaufhaus Aquariele von einer Italienreise. Die Kaufmann ist vom 12.—20. November geöffnet.

Musikanten-Anzeigen. Sonntag, den 10. 10 Uhr norm., finden musikalische Vorträge durch Direktorialbeamte im Alten Museum (Stöcken und Refektorium des Hofes seit 1) — Prof. Schöder — und im Keller. — Friedrich. — Musikanten (Mollin im 14. Jahrhundert) — Dr. Gollbach — hat. Anfahrten zu 50 H. sind vor Beginn am Eingang der bekannten Karten in beschränkter Anzahl erhältlich.

Die Musikanten-Orchestra der Stadtlichen Hochschule für Musik, Hofoperstr. 1, eröffnet Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 11—1 Uhr, in den Wintermonaten gebricht.

Die Halle'sche Rosenbaum-Zentrale (Herr Rosenbaum ist ein Herr Scholem inediglich ergebener junger Mann) hat ohne Befragen der Mitgliedschaft einfach durch einen sogenannten Bezirksauschuh in Halle die Kandidaten aufstellen lassen. Um das „einstimmig“ zu ermöglichen, sandte sie zunächst eine Anzahl gutbeforder „Kommissare“ in den Bezirk, die die Köpfe in den einzelnen Unterbezirken zu „bearbeiten“ hatten. Diese Heiden haben dann in den einzelnen Kandidaten mit diktatorischen Mitteln dafür gesorgt, daß nur der Zentrale völlig genehme Männer zum Bezirksauschuh gingen. Auf diesem Bezirksauschuh wurde außerdem den von der Zentrale befohlenen „Kommissaren“ Eh und Stimme von der Rosenbaum-Zentrale „verleihen“, so daß die Scholem-Knaben ohne weiteres deren Stimmen als Vorschuh für sich huchen konnten. Die Ausschuhführung klappte programmäßig. Die vom Bezirksfeldwebel Rosenbaum (Rosenbaum ist von den Scholem-Fischer ausdrücklich zum militärischen Leiter für Mitteldeutschland bestellt) präsentierten Listen, die vorher mit Scholem festgelegt waren, wurden von dem so aufreißerischen „Bezirksauschuh“ mit der der guten Befolgung entsprechenden Begeisterung geschickt. Die an die „Kommissare“ gesandten fetten Blüten haben sich für die Rosenbäume gut rentiert; denn an der Spitze der Reichstagsliste glänzen nunmehr der vielgewandte Wilhelm Koenen und der „Handlungsgehilfe“ Rosenbaum. Das ist die „Bolschewisierung“ der Kommunistischen Partei, von der Scholem-Golke bis vor wenigen Tagen in so begeisterten Worten schrieb. In Wahrheit bedeutet diese Bolschewisierung der KPD. lediglich den

Verrat der Mitgliedschaft an einen Münzel verantwortungsloser und zum Teil völlig unbekannter Exzessisten.

Der bisherige Abgeordnete Schumann (Georg) hat sich mit der Zentrale nicht recht vertragen können. Er erfreute sich wegen seines Auftretens immerhin einiger Beliebtheit bei der Mitgliedschaft des Bezirks Halle. Das war Scholem peinlich. Er erließ daher ein völliges Sprechverbot für Schumann, der auf diese Weise die letzte Möglichkeit verlor, sich mit seinen Anhängern auseinanderzusetzen. Gegen ihn schwebt ein Strafverfahren, das ihm bei seiner Richtmiederwahl die Verhaftung bestimmt einbringt.

Man hat Schumann kein Mandat gegeben, so daß er von seinen eigenen Parteifreunden dem Gefängnis mit Sicherheit überantwortet ist.

Das nimmt niemanden mehr Wunder. Es ist z. B. auch ein offenes Geheimnis, daß in der Berliner KPD.-Zentrale heute durch Haß und Ehrgeiz ein Mitglied der Angehöriger das andere der Polizei denunziert. Der Fall Schumann ist dafür der beste Beweis. Schumann ist — wie man mitteilt — gegenwärtig an dem Berliner kommunistischen Blatt „Welt am Abend“ tätig. Auch aus dieser Stellung soll er jetzt verdrängt und durch eine andere Kraft ersetzt werden, die bei den Scholem-Golke in angenehmerem Geruche steht. Die Mitgliedschaft der KPD. weiß von diesen Schlitzen und in städtischen parteigenösslichen Vereinen nicht das geringste. Sie erfreut sich in beneidenswertiger Ahnungslosigkeit der von der Zentrale stets verkündeten „einstimmigen“ Beschlüsse, ohne das frivole Spiel zu ahnen, das die behaglich auf ihren Sesseln sich rätelnden jungen Leute treiben.

Am beschämendsten ist es dem bisherigen Abgeordneten Kilian-Halle ergangen.

Berner Scholem ist der ehemalige Behrting Kilians in der Halle'schen Redaktion gewesen. Der Schredensknabe Scholem wuchs seinem Meister in besserer Erkenntnis der günstigen Aussichten bei der Parteispaltung über den Kopf, während Kilian nur sehr zögernd „Kommunist“ wurde. Erst die festigen Fußtritte seines ehemaligen Behrtingen rogen seine Denkfähigkeit zu der „Ueberzeugung“ an, daß es günstiger sei, zu den Kommunisten zu gehen. Er tat es erst, als ihm die Stelle des ersten Redakteurs sicher war. Im Sinne der Zentrale ist Kilian stets unzuverlässig gewesen. Der ehemalige Behrting Scholem verachtet seinen ehemaligen Behrmeister deshalb gründlich. Der Bezirksfeldwebel Rosenbaum hat ihn jetzt nach vorheriger Rücksprache mit Scholem an ausschließlicher Stelle auf die Kandidatenliste verbannt.

Der Verrat an verdienten Mitgliedern der eigenen Partei ist eines der traurigsten Kapitel in der kommunistischen Partei, das sie vor allen anderen Parteien voraus hat. Den Lokomotivführer Bogenhardt ließ man fallen, sobald er ins Zuchthaus eingeliefert worden war. Das langjährige verdiente Mitglied der Partei Georg Schumann gibt man preis, weil er Kindertrumpeten und Bombenromantik nicht für die geeigneten Methoden hält, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen. Und das alles soll die Arbeiterschaft mit ihrem ehrlichen Namen decken!

Der 7. Dezember wird zeigen, ob die Arbeiterschaft auch weiter geduldig genug ist, um einer Partei Eh und Stimme in den Parlamenten zu geben, der nichts daran liegt, praktische Arbeit für die Arbeiterschaft zu leisten. Wer will, daß den Besitzbüchern durch den Block der Schaffenden der Weg veritretet wird, kann nur eine Partei der praktischen parlamentarischen Arbeit wählen. Alles andere bedeutet Arbeit für die Reaktion.

„Stahlhelm“ Mordorganisation? Nachspiel zum Kärntner Putsch.

Frankfurt a. d. O., 12. November. (BS.) Wie bereits gemeldet, hat am Mittwoch vor dem Amtsgericht Frankfurt ein Verleumdungsprozess der Ortsgruppe Frankfurt des „Stahlhelm“ gegen zwei Mitglieder der dortigen Stadtverordnetenversammlung begonnen, die in öffentlicher Sitzung den „Stahlhelm“ als „Mordorganisation“ bezeichnet hatten.

In der Verhandlung erklärte der Verteidiger des beklagten sozialdemokratischen Stadtverordneten Faber, Rechtsanwalt Faltenfeld, daß in diesem Prozess die Dinge öffentlich distriert werden würden, die man in Ratibus im Buchruder-Prozess hinter verschlossenen Türen verhandelt habe. Es werde der Nachweis dafür erbracht werden, daß der Landbund den Kärntner Putsch zum Teil finanziert habe. Derrartige Mitteilungen seien von einem Stahlhelmann selbst den Behörden gegenüber gemacht worden. Weiter sei es fest, daß der Stahlhelm Pogromlisten angefertigt habe. Auf der einen Liste seien die Namen der Ostjuden, auf der anderen die der Frankfurter jüdischen Rechtsanwälte und der sozialdemokratischen Führer verzeichnet gewesen. Der Verteidiger legte dem Gericht eine derartige Liste vor, die auf dem Papier des Magistrats der Stadt Frankfurt geschrieben und nach den Behauptungen der Beklagten von einem städtischen Beamten angefertigt worden ist. Das Gericht beschloß daraufhin, eine Anzahl Zeugen, und zwar Mitglieder des „Stahlhelm“ zu laden, da von dem Kläger der Einwand erhoben wurde, daß es sich nicht um Pogromlisten, sondern um „Ausweisungslisten“ gehandelt habe. Weiter sollen auch noch andere Zeugen geladen werden, die über die Aussagen des

in Berlin verhörrten Stahlhelmannes ausfragen sollen, der kurz vor dem Kärntner Putsch bei der politischen Polizei und dem Reichsjustizministerium des Innern Angaben gemacht hat, die den Stahlhelm in Frankfurt belasteten.

Krach im Hermann-Prozess.

Ein Zeuge wegen Meineidverdachts verhaftet.

Weimar, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Prozess gegen den früheren hüringischen Innenminister Genossen Hermann wurde am Mittwoch nach dreitägiger Pause fortgesetzt. Der Verlauf der Mittwochverhandlung zeigte deutlich, daß ein junger querköpfiger Oberstaatsanwalt bei Prozessen gegen sozialdemokratische Minister keine Spuren verdienen will. Mit wie seltsamem Eifer die Gegner Hermanns am Werk gewesen sind, beweist die Tatsache, daß, obwohl das Verbrechen bereits am 10. Januar 1924 von der Reichswehr eingeleitet worden war, die erste Vernehmung des Beschuldigten erst am 6. März erfolgte. Eine richterliche Vernehmung hätte überhaupt nicht stattgefunden.

Als erster Zeuge wurde am Mittwoch der frühere sächsische Innenminister Genosse Liebmann vernommen. Er führte aus, daß er mit Ministerpräsident Heß den Ankauf von Ausrüstungsgegenständen für die Landespolizei durchgesprochen habe. Heß sei unterrichtet worden über die Art und Anzahl der Waffen und den Preis. Durch die in der Presse verbreitete Aussage des Oberregierungsrats Mitsch würde der Eindruck erweckt, als ob hier verbotene Handlungen stattgefunden hätten. Die sächsische Regierung hätte damals vor einer sehr schweren Situation gestanden, da die Polizeibehörde Maßnahmen über sich bildende Geheimorganisationen machen. Bei der Prüfung der sächsischen Polizeiverhältnisse hätte sich herausgestellt, daß in der Landespolizei viele Fehlstellen vorhanden gewesen seien. Die Richtlinien, die das Reich über die Schußpolizei herausgegeben hatten, seien sehr streng gewesen. Durch die Regierung sei die

Ausstellung einer Hilspolizei geplant

worden für den Fall, daß irgendwelche Angriffe auf die Republik erfolgten. Die Hilspolizei sollte zusammengerufen werden, sobald Gefahr drohe. Dieser Plan der Hilspolizei sah die Notwendigkeit einer Bewaffnung vor. Es konnte sich infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages nur um eine außerordentliche Bewaffnung handeln. Ueber die Erlangung der Mittel habe er mit Minister Heß gesprochen. Dieser sei damit einverstanden gewesen, daß die Mittel für diese Zwecke flüssig gemacht werden sollten. Um nicht eine stärkere Beunruhigung in die Bevölkerung hineinzutragen, sei die Ausstellung der Hilspolizei und die damit verbundene Waffenabgabe geheimgehalten worden. Die Sache sei schließlich so geordnet, daß Heß selbst den Vorschlag machte, wie die Mittel aufgebracht werden könnten ohne den Landtag darüber zu befragen. In einer Kabinettsitzung sei über diese Angelegenheit Beschluß gefaßt worden. Jeder der an der Sitzung teilnehmenden Herren sei sich darüber klar gewesen, wie die Waffen gekauft werden sollten. Mit der Durchführung dieses Beschlusses sei der Finanzminister und der Innenminister beauftragt worden. Der Finanzminister habe dann die Gelder angewiesen. — Als Genosse Liebmann auf die Art der Waffenbeschaffung eingehen wollte und das Verhältnis

zwischen der damaligen sächsischen Regierung und der Reichswehr

berührte, wurde die Frage aufgeworfen, ob die Aussagen des Genossen Liebmann in nichtöffentlicher Sitzung weiter gehört werden sollten. Entgegen dem Antrag des Oberstaatsanwalts beschloß das Gericht, den Zeugen Liebmann über diese Fragen zu hören und die Öffentlichkeit während der Dauer seiner Vernehmung von der Verhandlung auszuschließen. —

Der Neue Glag, der Waffenmeister der Landespolizei ist, gab an Müller-Brandenburg habe von den Waffen in dem geheimen Raum gewußt. Seine Ueberrückung bei der Aufbindung der Waffen durch die Reichswehr und den Leiter des Landesbestimmungsamtes habe er für ein künstliches Getue gehalten.

Danach wurde der Zeuge Müller-Brandenburg vernommen. Auf besonderen Antrag der Verteidigung wurde er nicht vereidigt, da er als Zeuge in Betracht komme. Die Entwehlfunktion in Süd-Thüringen habe er geführt bis zum Juli 1923. Dann habe er die Aktion abgeben. Was weiter daraus geworden sei, das könne er nicht sagen, denn auf seine dienstlichen Anfragen über die Waffenangelegenheit sei ihm die Auskunft verweigert worden. Die Waffenbeschaffungen seien ihm immer erst nachträglich bekannt geworden. Er habe aber stets den Eindruck gehabt, daß Minister Hermann mit diesen Waffenankäufen

nichts unternahm, was staatsfeindlich ist.

Hermann habe diese Maßnahmen ergriffen, um den Schutz der Republik zu gewährleisten. Der Minister Hermann in mit den Waffen überaus kommunistische Verbände ausrüsten wolle, sei eine kindliche Vermutung. Er habe immer darauf bedacht, daß die beschlagnahmten Waffen nicht in Jella-Mehls Händen, sondern nach Weimar übergeführt würden wegen ihrer Sicherheit. Was aus den Waffen, die in Jella-Mehls Beschlagnahme und nach Weimar transportiert wurden, geworden sei, könne er nicht sagen. Ueber den geheimen Raum führte Müller-Brandenburg aus, daß er ihn in der Waffenmeister zur Aufbewahrung geheimer Akten habe verwenden wollen, weil in keinem Dienstzimmer keine Aufbewahrungsmöglichkeit für solche Aktenstücke vorhanden gewesen wäre. Bei der Öffnung des Raumes sei er sehr überrascht gewesen, dort Waffen vorzufinden, da ihm der Waffenmeister Glag bei der Hausdurchsuchung durch den Verbindungsoffizier von Brandenburg ihr Verhandeln verschwiegen hätte. Er sei einfach sprachlos gewesen als durch Mitsch des Waffenlager entdeckt worden sei.

Die widerprüchlichen Aussagen der letzten Zeugen hatten ein längeres Verhör zur Folge. Der Oberstaatsanwalt akte die den Waffenmeister Glag in seinen Aussagen bei Unwahrheiten errippt zu haben. Er erklärte die Zeugen Glag wegen Verdachts des Meineids für sofort verhaftet. Die Verurteilung wurde sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Art des Vorgehens der Oberstaatsanwalt, das die Ermittlung der Wahrheit erschwere und drohe, die Verteidigung niederzuwerfen, wenn der Oberstaatsanwalt seine für die einwandfreie Beweisnahme hinderliche Wehnahme nicht zurückziehe, da die noch vorhandenen Zeugen der Reifnisse eines Oberstaatsanwalts gegenüber sich hätten würden, eine Aussage zu machen.

Die Beweisaufnahme wird am Donnerstag vormittag geschlossen.

Stresemann berichtet.

Die satirische Abhandlung, mit der wir den Herrn Außenminister Dr. Stresemann in der letzten Morgennummer bedacht hatten, gibt ihm Veranlassung, uns eine längere „Berichtigung“ zu schicken, in der er bestritt, jemals mit der Demokratischen Partei wegen Eintritts in diese Partei oder wegen einer Kandidatur verhandelt zu haben, daß er jemals Wahlleiterdienste für die Fortschrittspartei geleistet habe, daß er es darauf angelegt habe, die Sozialdemokratie aus der großen Koalition zu drängen und noch manches andere. Wir behielten uns vor, auf das Schreiben Dr. Stresemanns uns Zusammenhänge zurückzukommen.

Die Regierung Baldwin hat am Mittwoch ihre erste Kabinettsitzung abgehalten. Sie beschäftigte sich u. a. mit der Arbeitslosenfrage und dem Bau von Arbeiterwohnungen. Ueber ihre Entscheidungen verlautet nichts. Kandidatenaufstellungen in Downingstreet, wie antizipiert der ersten Sitzung des Kabinetts MacDonald, fehlten gänzlich.

Das medizinische Stadtviertel.

So ziemlich jedes Stadtviertel hat seine Eigenart, die ihm besonderen Charakter verleiht. Eine ganz besondere Note hat die Gegend in der Nähe des Oranienburger Torcs: Lützen, Schumann, Karl, Ziegel, Hannoverische Straße usw. Selbst ein gänzlich Unwissender kann beobachten, daß er sich hier in einer Gegend befindet, die der Heilkunde gewidmet ist. Vor allem fallen die vielen Geschäfte für ärztliche Instrumente auf. Große, bekannte Firmen stellen ihre Erzeugnisse in den Schaufenstern aus und wahre Wunder der Feinmechanik kann man dort betrachten.

Die medizinischen Institute.

Aber den richtigen Anstrich erhält dieses Stadtviertel durch die fast unzähligen medizinischen Institute. Allen voran steht die Charité, die eine Stadt für sich allein darstellt. In ihrer Nähe sind ferner die Universitätsklinik (Ziegelstraße), ferner die etwa 15 zur Charité gehörenden Polikliniken (Lützen- und Schumannstraße und Alexanderstraße) für die verschiedensten Erkrankungen des menschlichen Körpers. Außerdem ist in der Lützenstraße noch die ärztliche Hochschule und — last not least — in der Hannoverischen Straße das Leichenschauhaus. Neben diesen öffentlichen Anstalten sind aber auch noch viele Privatkliniken vorhanden (Schumann- und Karlstraße). Die Eingänge zur Charitégegend sind mit Statuen großer Ärzte geschmückt, z. B. am Reuen Tor das Standbild von Robert Koch, am Karlsplatz von Rudolf Virchow (die Enthüllung dieses Denkmals stieg bekanntlich bei dem jahresfüchtigen Wilhelm II. auf



Charité-Krankenhaus.

große Schwierigkeiten) und endlich an der Ecke Schumann- und Lützenstraße das Denkmal für Albrecht v. Graef, den Erfinder des Augenplegels. Jedem Fremden fällt hier sofort das Besondere auf. Erwachsene und Kinder, Greise und Jünglinge mit verbundenen Ohren, Nasen, Armen, Köpfen usw. streben den verschiedenen Kliniken zu, die da sind für Nasen-, Hals- und Ohrenkrankheiten, innere und Neurokrankheiten. Ferner befinden sich hier das Institut für Krebsforschung, die Poliklinik für Frauen- und Kinderkrankheiten u. a.

Wartezimmer in der Poliklinik.

Betreten wir nun eine dieser Polikliniken; es ist eine der beiden für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten. Das Wartezimmer ist gedrängt voll. Wer hierher geht, muß über genügend Zeit verfügen. Um ungeduldige Gemüter gleich von vornherein zu beruhigen, hat man an die Wand ein Schild gehängt mit der Aufschrift: „Man übe sich in Geduld.“ Und dann hängt da noch ein anderes Schild: „Die Benutzung der Klinik ist nur Minderbemittelten gestattet.“ Unwillkürlich fragt man sich dann: „Ja, wer zählt nun jetzt eigentlich alles zu den Unbemittelten?“ Hält man dann unter den Wartenden um-



Ein Wartezimmer.

schau, kann man sich schon leicht ein Bild davon machen, wie weit sich heute die „Unbemitteltheit“ ausgedehnt hat. Es sitzen Leute da, die früher bestimmt mit der Nase gerümpelt und sich dafür bedankt hätten, sich hier stundenlang wartend aufzuhalten und sich in Behandlung zu begeben. Aber die Not hat Wandel geschaffen. Friedlich sitzt jetzt alles nebeneinander und unterhält sich natürlich über das Nachsägende, die Krankheiten. Kleine Kinder, von denen nicht wenig da sind, werden häufig unruhig; ein mitgebrachtes Spielzeug oder der so unhygienische Nudel, der immer noch nicht aussterben will, beruhigen sie aber schnell wieder. Endlich kommt dann der Aufruf der eigenen Nummer. (Täglich werden in dieser einen Klinik etwa 250 Personen abgefertigt.) Wie suchen die Poliklinik der Charité als letzte Hoffnung auf, weil sie wo anders von einem hartnäckigen Leiden nicht die gesuchte Heilung fanden. Im Untersuchungsraum heißt es nun erst wieder mal warten, bis sich schließlich einer der Praktikanten das Wortenden annimmt. Nach einer Voruntersuchung wird dann der Patient einem der leitenden Ärzte vorgestellt und diese stellen dann endgültig die Diagnose und übernehmen die weitere Behandlung. Kleinere Operationen, wie Entfernungen von Wucherungen aus Nasen oder Nase oder Herausnehmen der Mandeln usw. werden in einem besonderen Raum sofort ausgeführt. Aus dem bringt sehr häufig jämmerliches Kinderschreien heraus. Für bestimmte Erkrankungen der Atmungsorgane einschließlich Kehlkopf werden mit gutem Erfolge Kopplisch- bzw. Heißluftbäder angewendet. In einem Kellerraum werden diese Bäder zum Preise von 1,20 M. für 6 Bäder verabfolgt.

Schon vorher ist gesagt worden, daß die Not unter den Besuchern Wandel geschaffen hat. Die Poliklinik, früher ausschließlich eine Domäne des ärmtlichen Proletariats und der klinisch interessanten Fälle, wird heute auch mit Vertriebe von Angehörigen des sogenannten Mittelstandes aufgesucht. Frauen und Männer in durchaus gewählter Kleidung bevölkern die Poliklinik genau so wie solche Menschen, denen die Armut und das Elend auf die Stirne geschrieben ist. Es ist Prinzip der Poliklinik, eingekerkerten zahlkräftige Patienten nicht aufzunehmen, sondern den Privatkliniken zur Behandlung zu überlassen. Die Not dieses „Mittelstandes“ kann an dieser Stelle ganz besonders gut studiert werden. Aber ganz kostenlos ist die Behandlung doch nicht. Für die ambulante Behandlung ist eine Wochengebühr von 50 Pf. zu zahlen, also ein Betrag, den aufzubringen im Interesse der Gesundheit nicht zu schwer sein dürfte.

Das Siegestor.

Die Wrangelstraße hat, wie so manche Straße des südöstlichen Berlins, nichts besonders Anziehendes. Große wohnstättliche Häuserfronten, und auch den zahlreichen Bäumen sieht man an, daß sie dem Bedürfnis des kleinen Mannes dienen, der hart mit der Not des Lebens kämpft und sich keine Luxusausgaben leisten kann. Schlicht und recht eine Proletarierstraße — die Herren Hausbesitzer natürlich ausgeklammert!

Aber eine Sehenswürdigkeit, ein Kleinod nennt die Wrangelstraße ihr eigen, um deswillen sie nicht mit den glanz- und ruhmvollsten Straßenzügen der Hauptstadt, nicht einmal mit der Lawentienstraße, tauschen würde, das ist die Tür der Kaserne des weiland königlich Preussischen 3. Garderegiments zu Fuß, das sogenannte „Hindenburg-Lor“. Es darf nicht benutzt, sondern bloß angestarrt werden, denn einstmal wurde es vom Leutnant Hindenburg durchschritten, und ein Pappschild, welches die unermessliche eiserne Betongelung nur teilweise verdeckt, kündet: Eingang um die Ecke! Wie das Brandenburger Tor seinen Siegeswagen, die Siegesgötze ihre Siegesgötin und Wilhelm seinen Siegeskranz hat, so hat dieses Siegestor seinen Siegespruch. Er lautet: „Nicht durchhalten, sondern siegen!“ So zu lesen in goldenen Buchstaben noch im Jahre 1924 und zu lesen voraussichtlich, so lang ein Tropfen Blut noch glüht, noch eine Faust den Degen zieht. Sinnend versenken wir uns in das Anschauen dieses Spruches; die proletarische Umgebung verfinstert um uns, und im Straßenranne steigt eine große Zeit vor uns auf.

Wie war es doch damals? Zunächst allerdings ward von den staßerretenden Generalkommandos wie von den Kirchenkonzern der Wille zum Durchhalten gepredigt. Aber bald stellte sich heraus, daß diese Mahnung eigentlich eine beleidigende Unterwürfung, ein läppisches Gebete sei, unwürdig des deutschen Volkes, welches schon zu Hermann des Cheruskers Zeit von Eisen und gerösteter Baumrinde gelebt hatte. Auch diesmal vermachte es Spielrad und fast unermäßig Rohrabenschneid, Grünfutter und Spiegelpane und schmeete heidenhaft dazu. Wenn weiter nichts vor ihm verlangt wurde; das konnte ihm nicht imponieren. Die große Masse verlangte nach höheren Zielen! Denn wie sagt Wilhelm? „Ziel erkannt, Kraft gespannt“ — oder auch: Holland erkannt — Opel-Werkekräfte gespannt. Und so erkante dann von der Tisch zum Belt ein einziger Schrei der Entschlossenheit: „Nicht durchhalten, sondern siegen!“

Wir möchten mit Hilfe pensionierter Generalfeldier wöchentlich einmal das ganze deutsche Volk, das vom Verbandsungewissen durchsucht ist und nur noch seinem Baudes Wert, durch die Wrangelstraße Krigieren, damit es angefaßt jedes Siegespruches an seine Brust schlägt und der Zeit gedenkt, wo man das Durchhalten nicht für der Rede wert erachtete und nur das Siegen des Feindes des Vergnügens hatte. „Nicht durchhalten, sondern siegen!“ in, laßt diesen Spruch nur an seinem Plage, daß jedermann ihn sieht und jähnesrischend erkennt, zu welchem Selbstmordate nationales Mauthelidennum fähig war zu einer Zeit, als Sein und Nichtsein eines ganzen Volkes auf dem Spiele stand!

„Nicht durchhalten, sondern siegen!“ Volk, denke daran am 7. Dezember!

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

24] Noch nicht zwanzig Jahre war er alt, und alles, was er erlebt hatte, war Krieg und Blut und Tod. Die Aufregung seines älteren Bruders machte ihn nervös: ein bißchen betrunken war er auch. Endlich sagte er: „Auf Wiedersehen, Alter. Ich möchte nun gehen und mich ein bißchen amüsieren.“ Bertram hatte ihn nicht nach Susan und Denis gefragt. Als Digby fort war, stürmte Bertram wieder im Zimmer auf und ab. Er dachte an Digby, wie er noch ein kleiner blondhaariger Junge gewesen war, dem er abends Märchen erzählt hatte. Dann war die Mutter gekommen, hatte sie geküßt und beide schlafen geschickt. Nun war Bertram zum Ueberfließen voll von Mitleid für die Mütter der ganzen Welt.

17.

In dem Rahmen des Spiegels über dem Kamin im Bertrams Studierzimmer steckte die Karte, welche Lady Ottery ihm für ihren Vortrag über die „Religion der Revolution im Bergangehenheit und Gegenwart“ gegeben hatte. Er hatte die Karte mit wachsendem Unbehagen täglich angeblüht. Sie erinnerte ihn drohend an etwas Unangenehmes, wie eine Stunde beim Zahnarzt oder sonst eine entfernte, lästige unermessliche Pflicht.

10. April.

Die Religion der Revolution. In Bergangehenheit und Gegenwart.

Von der Gräfin v. Ottery.

Vorsitzender: Seine Gnaden der Herzog von Brahmschaw. „O Gott, ich glaube, ich muß hin.“ hatte Bertram wohl gemurmelt, dann aber wieder es vergessen. Joyce erinnerte ihn eines Morgens beim Frühstück: „Du gehst doch zu Mutters Vortrag?“

Am folgenden Nachmittag, am 10. April, war Joyce ärgerlich, als er dem Vortrag auszuweichen strebte. Die geistigen Fähigkeiten ihrer Mutter waren doch sehr bedeutend. Bertram murmelte zwar etwas von seiner Abneigung gegen Buchgelehrsamkeit, gab aber schließlich nach und erklärte sich demütig einverstanden, den Vortrag zu besuchen und seiner erhabenen Schwiegermutter gebührende Ehrfurcht zu erweisen. Dafür belohnte ihn Joyce durch den Schimmer eines Bäckchens.

küßte ihn aber gleich wieder durch die Bemerkung ab, sie hoffe, der Vortrag würde ihn zu vernünftigen Ansichten bekehren und ihn die schreckliche Gefahr der Anschauungen seiner revolutionären Freunde erkennen lassen, besonders zu einer Zeit, wo England durch „Pöbelherrschaft“ bedroht sei.

„Mein liebes Kind.“ sagte er leichthin, „erstens sind meine Freunde keine Revolutionäre und zweitens bin ich nicht der Meinung, daß England durch eine Pöbelherrschaft bedroht ist.“

„Auch nicht von einem kommenden Streit?“

Er zögerte einen Augenblick, ehe er antwortete: „Die Leute nennen es Ausperrung.“

Sie nannte das eine Wortklauberei, und wenn er das auch nicht zugeben wollte, so sah er doch ein, daß der Streit eine ernsthafte Gefahr wäre, wenn zu den zwei Millionen Arbeitslosen noch alle Bergleute aus den Kohlengruben hinzukämen und diese Zahl um weitere Millionen müßiggelagerter Arbeitsloser vermehrten. „Es kann dann zum Bürgerkrieg kommen.“ versetzte Joyce gelassen.

„Unsinn!“ braute Bertram auf. „Wer sagt das?“

„General Bellas.“ Als Mitglied des Ministeriums des Innern muß er es wissen.“

„Dann soll er um Gottes willen seine geschätzten Kenntnisse für sich behalten.“ sagte Bertram ärgerlich, „statt hier seine Angstpolitik bei Teetischgesprächen zu verapfen.“ Joyce stieg das Blut in die Wangen. „Er ist der Besteiner. Wäre ich nicht so lächerlich eifersüchtig, würde ich dich bitten, dich mit ihm zu befreunden.“

„Warum denn das?“ Bertrams Nerven zitterten bei dem Gedanken an Freundschaft mit diesem Militaristen von Profession und seinen arroganten Manieren.

„Weil er dir Beschäftigung verschaffen kann. Ich glaube sogar, es will dir etwas anbieten.“

„Hast du ihn darum gebeten?“ — „Mehr oder weniger. Suchst du etwa keine Beschäftigung? Es ist an der Zeit, daß du auch deinen Teil zum Haushalt beiträgst.“

Bertram stand auf und ging ans Fenster. Endlich sprach er mit leiser Stimme, der man die Aufregung anhörete: „Ich hatte gehofft, du würdest das nicht aussprechen! Ich werde dir mein Logis und meinen Unterhalt zurückzahlen, sobald mein Buch veröffentlicht sein wird.“

Sie folgte ihm ans Fenster und legte lieblos die Hand auf seine Schulter. Er war überrascht. Wie lange hatte sie das nicht getan.

„Bertram, ich spiele hier nicht die wütende Kasse. Du weißt, das ist nicht meine Art. Ich will dir auch wahrlich nichts vorwerfen. Aber du weißt doch selbst, wie sehr du eine lobnende Beschäftigung wünschst. Und nun ist General Bellas bereit, dir eine zu verschaffen. Also weshalb ärgerst du dich?“

Bei ihren Worten, dem alten kameradschaftlichen Ton, durch ihre Hand auf seiner Schulter schwand sein Ärger dahin. Wenn sie nur wüßte, wie ein Wort von ihr seine Heftigkeit besänftigen konnte.

„Warte den Erfolg meines Buches ab.“ bat er. „Ich glaube wirklich, ich verstehe etwas von der Schreiberei. Inzwischen, wenn Bellas mir etwas anbieten kann, will ich es mir ernstlich überlegen.“

18.

Joyces Kreis, eigentlich auch seiner, war es, der sich in seinem ganzen Glanze zu dem Vortrag von Lady Ottery zusammensand. Bertram fuhr mit Joyce in einem Auto von ihrem Häuschen in Holland Street nach dem Vortragsaal, vor welchem schon eine Reihe sehr eleganter Privatautos hielt.

„Die neuen Armen sind immerhin noch nicht so schrecklich arm.“ sagte Bertram und dachte an Huggetts elende Stube mit den vier schreienden Kindern.

Joyce schlug ihn scharf auf die Hand. „Mein Gott, sie haben ein bißchen aus dem Ruin gerettet. Schrecklich wenig, wir werden noch alle bankrot.“

Sie hatten zwei reservierte Plätze in der vorderen Reihe. Bertram bemerkte, daß sie einen neuen blauen Hut trug mit Reiferfedern und den kurzen Hermelinmantel, den sie von ihrer Mutter zur Hochzeit erhalten hatte. Sie sah wieder blühend und wunderhübsch aus, als sie vor ihrem Stuhle stand und ihren vielen Bekannten zulächelte.

„Wie geht es Ihnen, Lady Joyce?“ fragte General Bellas sehr besiften und höflich und wandte sich hübsch an Bertram mit der Bemerkung: „Immer munter, Pollard?“ Kenneth Murles kam nachlässig hereingeschritten, wie immer tabellos elegant von dem weißen Streifen unter seiner Weste bis herab zu den hellen Gamaschen. Bertram fand ihn unerträglich. „Wie geht's, Joyce? Ist Lady Ottery in guter Form? Hoffentlich nicht nervös?“

„Mutter ist nie nervös.“ sagte Joyce, „das liegt nicht in der Familie.“

(Fortsetzung folgt.)

Genossinnen, Frauen! „Die Wählerin“ Nr. 2 ist am Freitag in den Verteilungsstellen. Sorgt für die richtige Verbreitung!

Ortzel v. Egloffstein.

Er betätigt sich auch zum Schutz Wilhelms II.

Der dritte Verhandlungstag wurde durch verschiedene Zeugenvernehmungen ausgefüllt, wobei Herr Ortzel wieder gefühlig seine „Rechtseinstellung“ betonte. Als ihm der Staatsanwalt auch eine „Linkseinstellung“ nachweist, antwortet Herr Ortzel schlagfertig, daß seine gelegentliche Linkseinstellung nur im Interesse seiner Rechtseinstellung erfolgt sei.

Unterschiedsrichter Dr. Neumann begann mit der Vernehmung des „Adjutanten“ des Ortzel-Egloffstein, des Angeklagten Otto Hermes, Sohn eines Oberförstlers und im Kriege Leutnant geworden. Im Jahre 1919 lernte er Ortzel als „Oberleutnant Freiherr von Richthofen“ kennen, der sich als Verbindungsoffizier Mackensens ausgab. Die Darstellung des Angeklagten, der von den Vorgängen im allgemeinen nicht viel gewußt haben will, bringt nur eine Wiederholung der schon am Montag von Ortzel-Egloffstein gemachten Angaben. Sodann wurde Bankdirektor Schmalzer vernommen, der frühere Leiter einer Filiale der Darmstädter Bank in Breslau, der sich auch mit der Angelegenheit des Umtausches der Kriessnoten zu befassen hatte. Der Zeuge hatte Verdacht geschöpft und ebenfalls die Auslieferung der Rollen zu verhindern gesucht. Der solche Oberleutnant von Richthofen habe mit größtem Raffinement und mit der größten Hartnäckigkeit die Auslieferung der Rollen betrieben. Eines Nachts um 2 Uhr wurde der Zeuge aus dem Bett an das Telefon gerufen. Es hieß „Staatsgespräch“ und ein Oberleutnant v. Richthofen teilte ihm mit, daß es im Interesse der Herrschaft liege, daß der Umtausch vollzogen würde. Durch eine unvorsichtige Äußerung Ortzel-Richthofens aber wurde Schweizer stuhlgang und mistrauisch. Vor der Vernehmung des Bankiers Eppstein erklärte R. A. Dr. Herbert Fuchs, es sei dem Angeklagten lebhaft darauf angekommen, „diese Art von Deuten mit goldenen Stuis zu treffen“, die er aus sozialen und nationalen Gründen hoffe. Zum Beweise für die Deuten-Gesichtspunkte des Angeklagten überreicht der Verteidiger eine Mappe von Flugblättern des „Bundes Deutscher Männer und Frauen“ zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II. Der Angeklagte sei aktives und werbendes Mitglied dieses patriotischen Bundes, der ganz rechts stehe, aber keine umstürzenden Zwecke verfolgt habe, gewesen. Staatsanwaltschaftsleiter Dr. Weisenborn weist darauf hin, daß der Angeklagte sich nicht immer nur rechts betätigt habe, sondern auch an den kommunistischen Unruhen aktiv beteiligt gewesen sei. Der Angeklagte kann sich also nicht darauf berufen, daß er nur aus ideellen Gründen infolge seiner Rechtseinstellung gehandelt habe. Der Angeklagte erklärt dazu, daß er auch bei der Linksbetätigung nur im Interesse seiner Rechtseinstellung gehandelt habe. Er habe nie für seine politischen Werke von irgendeiner Partei einen Pfennig bezogen. Der nächste Zeuge ist der Direktor einer großen Getreidebank, Heinrich Eppstein aus Posen, der in Breslau mit Schrome wegen des Umtausches der in seinem Besitz befindlichen 1/2 Millionen Kriessnoten in Verbindung getreten war. Es habe sich für ihn, zur Vermeidung von Verlusten um einen günstigen Umtausch gehandelt. Als allem Sondern sei ihm der Offiziersrod beiliegend gewesen, so daß er in einem Offizier nicht einen Hochstapler vermutet hätte. Seine Bedenken wurden dadurch beseitigt, daß in der Aktennotiz des „Heren von Lütichau“ ein Schreiben des Reichsfinanzministeriums mit der charakteristischen Unterschrift Erzbergers sich befand. In diesem Schreiben erklärte sich Erzberger mit dem Umtausch der im Besitz des Armeekommandos Mackensens befindlichen Kriessnoten in deutsche Reichsmarkung einverstanden. Eppstein, hatte die Lage der alten Offiziere, die alles im Interesse hingegeben hätten, leid getan und deshalb hatte er die Herzen etwas verdienen lassen wollen. Es sollten dies keine Schmiergelder sein, sondern gewisse Donationen. Die Angeklagten Ortzel und Hermes traten den Angaben des Zeugen sehr scharf entgegen und sagten ihm ins Gesicht, daß es sich um Schiebergeschäfte gehandelt hätte, was der Zeuge als Lüge bezeichnete. Der Zeuge Major o. D. Bernert war zu jener Zeit Bahnhofscommandant in Kassel. Durch einen Zufall gelangte eines Tages ein Telegramm, das an den Verbindungsoffizier der „Kriese“ gerichtet war, in seine Hände. Durch Befragen seines Stellvertreters, eines Feldwebel-Leutnants erfuhr der Zeuge, daß in keiner Abwesenheit ein Oberleutnant von Richthofen vor einiger Zeit mit diesem verhandelt habe und es verstanden hätte, den Oberleutnant einzufangen. Die Ermittlungen ergaben, daß im Hotel Schürmer sich ein „Kriese“ aufgetan hat mit einem Verbindungsoffizier, Freiherr von Richthofen. Heiterkeit erregte es, als der Zeuge feststellte, daß eine Militäreinrichtung „Kriese“ in Kassel gar nicht bestand, sondern nur ein Schwesterheim „Kriese“, so daß der Angeklagte also Commandant des Schwesterheims gewesen sei. Der Zeuge Bernert hat durch sein Eingreifen verhindert, daß der Heffische Bankverein die 2 Millionen Kriessnoten dem angeblichen Oberleutnant von Richthofen aushändigte.

Justiz und Erwerbslose.

Im Februar d. J. herrschte in der kleinen Ortschaft Lasdorf in Niederbayern und in der Umgebung Kallberge, wie in vielen anderen Orten Deutschlands eine allgemeine Arbeitslosigkeit. Fast sämtliche Fabriken hatten ihren Betrieb eingestellt. Erst gegen Mitte des Februar wurden wenige Leute in einigen Fabriken wieder untergebracht. Aber die große Arbeitslosigkeit bestand noch wie vor. Am 13. Februar wurde in einer Versammlung der Erwerbslosen der Beschluß gefaßt, durch einen Umzug bei verschiedenen Fabriken um Arbeit anzufordern. Es bildete sich ein Zug, dem eine rote Fahne vorangetragen wurde. Der Führer dieses Zuges sollte ein gewisser Elias Jacobowich, ein gebürtiger Russe sein. An diesem Tage waren die Landjäger des Ortes in erhöhter Alarmbereitschaft. Vor der Fabrik von C. D. Wegener wurde die Menge aufgesprengt, auseinanderjagend. Das aber war nicht so schnell zu bewerkstelligen, da alles wie eingeseilt und eingeschlossen war. Die Landjäger stellten daraufhin 20 Teilnehmer fest, darunter drei Frauen und den „Anführer“ Elias Jacobowich, der besonders unlanft behandelt wurde. Trotzdem J. ein Russe, schon über zehn Jahre sich in Deutschland aufhielt und in Lasdorf eine feste Wohnung hatte, wurde er einen Tag später aus seiner Wohnung heraus verhaftet und ins Gerichtsgefängnis des Amtsgerichts Kallberge ostfiedt, wo er volle vier Wochen schmachtete. Bei der nun stattfindenden Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht Kallberge wurden drakonische Strafen verhängt. J. wurde als der spiritus rector dieser ganzen Sache angesehen und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, während die übrigen 19 jeder 100 M. Geldstrafe erhielten. Durch die Verurteilung sämtlicher An-

geklagter kam die Sache nun nach Nischenberg vor das große Schöffengericht. Es marschierte eine große Reihe Zeugen auf. Der Staatsanwalt hatte in seinem Plädoyer die Strafen vom Amtsgericht Kallberge aufrechterhalten. Der Verteidiger der Leute, Rechtsanwalt Dr. Georg Boehmenthal, stellte mit Recht das ganze Beginnen der Leute als eine harmlose Sache hin; besonders wehrte er sich gegen die Angriffe des Staatsanwalts, die dieser gegen Jacobowich gerichtet hatte. Er fand auch milde, verständige Richter. Das Urteil lautete: J. 30 M. Geldstrafe, die übrigen je 10 M. mit Ausnahme zweier Angeklagter, die freigesprochen wurden.

Im Schatten der Moskoe.

Die Zustände im Wänsdorfer Lager.

Vom Stadtrat, Genossen Dr. Alfred Korach, wird uns geschrieben: Nicht vor den Toren Berlins, unweit Jossen, liegt das Wänsdorfer Flüchtlingslager. Ein Dutzend langgestreckter, niedriger Holzbaracken diente dort während des Krieges vielen Hunderten von internierten Muslimen als Unterkunft. Inmitten des Lagers wurde im Jahre 1916 aus Reichtum eine Moskoe errichtet — geschmackvoll aus Holz gebaut und gekrönt von einem schmutzen Minarett —, die einzige, die Berlin und seine Umgebung besaßen. Sie wird jetzt alljährlich an den mohammedanischen Festtagen von den in Berlin ansässigen Bekennern des Islams aufgesucht. Die Bauarbeiten der Moskoe sind aber jetzt in hohem Grade reparaturbedürftig. Namentlich das Dach ist arg beschädigt — es regnet hindurch! Wer die Kosten tragen soll, ob das Reich oder die Berliner muslimische Kolonie — es handelt sich um etwa 500 M. — ist strittig. Viel schlimmer bestellt ist es um das Flüchtlingslager selbst und seine jetzigen Insassen. Zurzeit sind etwa 250 Personen dort untergebracht; die Trümmer der Armee des Balkanlagers Bermond-Analoff unglücklichen Andenkens, der ein Korps von Abenteurern zusammenstellte und die halbe Welt mit seinem eigenen, ganz wertlosen Schwindelpapiergeld beglückte. Angesichts der Ausbreitung des Glends in Deutschland liegt wahrlich keine Veranlassung vor, sich in besonders ausgedehnter Maße gerade für diese Leute einzusetzen, die ihr Los selbst verschuldet haben. Trotzdem kann man aber vom Standpunkte der Menschlichkeit die Zustände in Wänsdorf in keiner Weise billigen, sondern muß vielmehr eine schnelle Abhilfe verlangen. Denn die Art der Unterbringung der 250 Menschen (spottet jeder Beschreibung). Die Quartiere sind einfach menschenunwürdig und überraschen selbst den, der gewohnt ist, die schlechtesten Proletarermohafitäten des Berliner Nordens zu besuchen. Die Feuergefahr ist enorm groß. Vor kurzem brannten erst zwei Baracken nieder, und nur einem Zufall ist es zu danken, daß nicht auch die Moskoe ein Opfer der Flammen wurde. Die den verschiedenen Familien zugewiesenen Barackenteile sind durch Vorhänge aus alten Decken und Tuchstücken voneinander abgetrennt. Die Luft, die in den Baracken herrscht, ist außerordentlich schlecht, die Belüftung dieselbe ganz mangelhaft. Vollends als ganz unzureichend muß das elende Mobiliar bezeichnet werden, soweit ein solches überhaupt vorhanden ist. Namentlich die unglücklich kummerlichen, unhygienischen Lagerstätten bieten einen schrecklichen Anblick. Die Baracken sind eine Bruststätte der Tuberkulose. Man sollte sie entweder abreißen oder aber sie nach Behebung der Feuergefahr als Ställe für Ferkelchen benutzen. Die jetzigen Lagerinsassen, die entweder Tag für Tag herumziehen und sich den Mühsal ergeben oder aber sich durch Mühsal, Kartoffelmaaschubden und diese oder jene Handarbeiten einige Groschen verdienen, sollte man so schnell wie möglich anderswo unterbringen oder aber einer Berufstätigkeit in irgendeinem Lande zuführen versuchen, damit auch endlich einmal diese traurigen Spuren des Bermond-Schwindelunternehmens getilgt werden.

Abfindung von Versorgungsanwärtern.

Amlich wird mitgeteilt: Nach der Verordnung der Reichsregierung vom 30. Oktober 1923 und den dazu erlassenen Bestimmungen kann Versorgungsanwärtern bei Rückgabe ihres Versorgungscheines eine einmalige Entschädigung von 2000 Mark gewährt werden. Diese Verordnung gilt auch für diejenigen Versorgungsanwärter, die auf Grund von Personalabbauregungen des Reiches — 31. Oktober 1923 — für den Beamtendienst vorgemerkt waren. Wenn solche Versorgungsanwärter die vorgeschriebenen Anmeldefristen für die Gewährung der Entschädigung (31. August 1924 bzw. 3 Monate nach ihrer erfolgten Entlassung auf Grund der Personalabbauregung) deshalb verläßt haben, weil sie die Sachlage nicht erkannt haben, so können sie die Gewährung der einmaligen Entschädigung spätestens noch bis zum 31. Dezember d. J. bei dem für ihren Wohnort zuständigen Versorgungsamt beantragen. Hinsichtlich der Fristverlängerung müssen die Anträge glaubhaft begründet werden.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 13. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
 4.30—6.15 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.20 Uhr abends: „Ratschläge fürs Haus“. 7 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Neumark, wissenschaftliches Mitglied des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin: „Zum neuen Rattenkampftag am 22. und 23. November“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Ingenieurs Otto Lech: „Die weiße Kohle und ihre Zukunft“. 8.30 Uhr abends: Populärer Abend. 1. Hurra! Hurra! 's ist alles wieder da, aus der Burleske „Der Harem auf Reisen“. Rud. Nelson (Orchester). 2. Was man sich heimlich denkt, Elka (Friedel Tschoppant, Sopran). 3. Das Spielzeug (Schatz, hast du mir was mitgebracht), Shimmy aus der Frau-Frau-Revue „Wovon man spricht“, Frank Stafford (Orchester). 4. Pasadena, Hans Warren (Willi Weiß, Tenor). 5. Gruß mir mein Wien, Lied a. d. Operette „Grüß Marix“, Kálmán (Orchester). 6. Warum denn, so warum denn, Duett aus der Operette „Der Tanz um die Liebe“, Oskar Strauß (Friedel Tschoppant und Willi Weiß). 7. Eine Welt, wo der Dollar das Herz regiert, aus der Operette „Der Tanz um die Liebe“, Oskar Strauß (Orchester). 8. Walzer, du mein Walzer, Duett aus der Operette „Der Tanz um die Liebe“, Oskar Strauß (Friedel Tschoppant und Willi Weiß). 9. Schatz, ach Schatz, schenk mir 'ne Kleinigkeit, Shimmy aus der großen Revue „An Alle“, Beutuch (Orchester). 10. Wien, du Märchen aus 1001 Nacht, R. Stolz (Friedel Tschoppant). 11. Laufe keiner Frau nach, K. Hajós (Willi Weiß). 12. Wo die Liebe wohnt, aus der Burleske „Der Harem auf Reisen“, Rud. Nelson (Orchester). Orchester: Berliner Funkkapelle. Am Schwechten-Flügel: Kapellmeister: Otto Urrack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst. 10.30 bis 11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Der Herr Administrator.

Ein Kläger, der zum Angeklagten wurde.

Beim Schöffengericht Pantow klagte der Administrator Dr. Dorisch vom Berliner Riesigut Blankensfelde gegen den Kalkereibesitzer Jahn, der ihn durch einen Artikel in der Zeitschrift „Die städtische Moskoe“ beleidigt haben sollte. Jahn hätte dann erzählt, wie er als Pächter eines zu dem Riesigut gehörenden Grundstücks, das er zur Gewinnung von Gras für seine Kühe nutzen wollte, sich über Mangel an Bewässerung bei dem Herrn Administrator beschwert habe. Dr. Dorisch, an dem ein starker Alkoholgeruch zu bemerken gewesen sei, habe die Beschwerde als „Lüge“ zurückgewiesen und ihn „verrückt“ genannt, habe gedroht, ihn über den Hausen zu schießen oder ihm die Knochen entzwei zu schlagen, und habe schließlich in Aussicht gestellt, daß Jahn im nächsten Jahre kein Gras bekommen werde. Für Dorisch, der diese Darstellung in den meisten Punkten bestritt und sie als Ehrenkränkung gerichtlich verfolgt haben wollte, sagte nicht die vorgelegte Dienstbehörde, vielmehr mußte er selber eine private Beleidigungsklage einreichen. Er tat dies erst im letzten Augenblick vor Ablauf der Verjährungsfrist, aber Jahn behielt die Mäulichkeit, gegen ihn die Wiederklage wegen Beleidigung zu erheben und sie dann noch auf Bedrohung auszuweiten.

Der Kläger Dorisch wurde so zum Angeklagten, und die Beweisnahme drängte ihn besonders in diese Rolle hinein. Jahn hielt seine Schilderung voll aufrecht, Dorisch aber gab nur zu, daß er mit dem Stad über den Schädel! Alles Uebrige bestritt er, auch den Alkoholgeruch, den er gleichfalls als ehrenkränkend empfand. Zeugen des Wortwechsels waren zwei Männer, die in der Nähe von Jahn Landstück arbeiteten, als Dorisch mit seinem Wagen hier anlangte. Vor Gericht bekundeten sie, daß bei Jahn's Beschwerde der Administrator Dorisch das Wort „Lüge“ oder „Verrückt“ gebrauchte und im Laufe des daran sich knüpfenden Wortwechsels gedroht habe, Jahn über den Hausen zu schießen. Der eine dieser Zeugen versicherte auch, bemerkt zu haben wie Dorisch einen Revolver schon halb aus der Tasche zog, den er dann bei der Annäherung des Zeugen wieder eingesteckt habe. Gegen den Vorwurf, noch Alkohol gerochen zu haben, wehrte sich Dorisch mit den Aussagen seines Inspektors und seines Feldhüters, die nichts gerochen hatten. Den vom Justizrat Goshen, dem Verteidiger Jahn's, angebotenen Beweis, daß Administrator Dorisch bei anderer Gelegenheit durch anscheinende Trunkenheit den Unwillen von Insassen der heimliche Wankensfelde erregt habe, lehnte der Richter ab. Der Verteidiger behauptete das durch die Zeugen bekundete Verhalten des Administrators gegenüber dem Pächter, das ihn als zu einem Beamten dieser Stellung ungeeignet erscheinen lasse.

Der Richter verurteilte dem Angeklagten Jahn für den Zeitungsartikel den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen). Nicht erwiesen sei der Alkoholgeruch und die daraus zu folgernde Trunkenheit, ein Vorwurf, der bei einem Beamten dieser Stellung sehr schwer wiegen würde. Erwiesen seien aber die Worte „Lüge“ und „verrückt“ und die Drohung, Jahn über den Hausen zu schießen. Dieses Verhalten sei bei einem Beamten und gebildeten Mann besonders verwerflich. Das Urteil lautete gegen Jahn wegen Beleidigung auf 100 M. Geldstrafe, gegen Dorisch wegen Beleidigung auf 50 M. Geldstrafe und wegen Bedrohung auf 200 M. Geldstrafe. Herr Dorisch wird sichtlich nicht die Empfindung haben, daß er aus diesem von ihm angeklagten Prozeß als Sieger hervorgegangen sei. — Kalkereibesitzer Jahn wird Berufung einlegen.

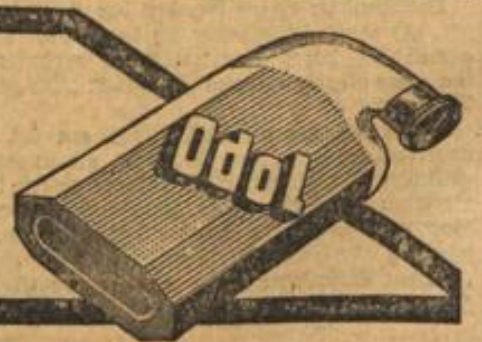
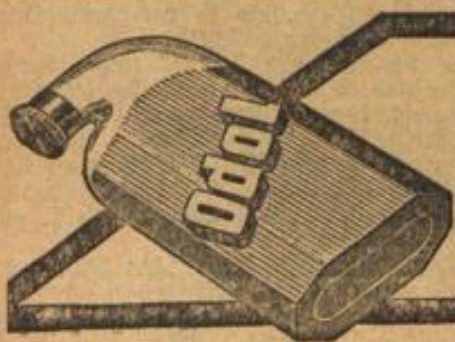
Film und Arbeiterklasse.

In der gestrigen Sitzung der Berliner der 20. Berliner Arbeitsbildungsausschüsse wurde das Thema: „Film und Arbeiterklasse“ behandelt. Dabei wurde festgestellt, daß der Film „Schmiede“, welcher zurzeit in einer Reihe Lichtspieltheater läuft, von einigen Theaterbesitzern arg verhandelt wird. Man läßt den Bildstreifen übermäßig schnell laufen und macht sich Zensur-rechte an dadurch, daß man den letzten Teil des Films beschneidet und die vorgeschriebene Musikbeileitung und besonders die Internotionale, welche zum Schluß gespielt werden soll, unterdrückt. Die Versammelten drachten einstimmig zum Ausdruck, daß sie diesen Willkürlichkeiten unter allen Umständen entgegenzutreten werden. Der Bildstreifen hat der Filmprüfkammer vorgelegen und ist von ihr genehmigt worden. Eine einmütige Zensur durch die Theaterbesitzer wird sich die Arbeiterklasse unter keinen Umständen gefallen lassen. Es ist übrigens interessant, daß die Herren, die sonst der Zensur durch die Kammer nicht gerade übermäßig viel Sympathie entgegenbringen, sich diesem Bildstreifen gegenüber Rechte anmaßen, zu denen sie weder befugt noch befähigt sind. Den Arbeitern aber empfehlen wir, diesen Film welcher der Weltanschauung des Proletariats Ausdruck verleiht und den Gedanken der Organisation als die Ursache des kulturellen Fortschritts darstellt, eifrig zu beachten und einer Bekämpfung ihrer Bestrebungen durch Verhandlung oder Sabotage dieses Films wirksam entgegenzutreten.

Die städtischen Rettungstellen. Das Rettungswesen der Stadt Berlin erludt uns um die Aufnahme des folgenden: „Nach dem Bericht über eine Straßenschlacht gegen einen früheren Rettungswesen wegen fahrlässiger Zerstörung hat dieser Arzt in der Verhandlung Angaben über die Einrichtungen der Rettungstellen gemacht, die nicht den Tatsachen entsprechen. Es sei hier ausdrücklich festgestellt, daß alle Rettungstellen mit Sterilisierapparaten, in denen die Verbandstoffe regelmäßig keimfrei gemacht werden, und mit Desinfektionsmitteln in allen Anforderungen entsprechender Menge versehen sind und waren. Jede Rettungsstelle hat einen Operationstisch, und Entbindungen kommen nicht selten vor. Der in Betracht kommende Arzt ist kurze Zeit nach dem Vorkommnis, das zur Erhebung der Anklage führte, aus dem Dienste des Rettungswesens ausgeschieden.“

Ausstellung österreichischer Pässe. Mit Rücksicht darauf, daß in Deutschland für Ausländer bekanntlich Bahlwang besteht, werden alle im Amtsbezirk des Berliner Generalkonsulates wohnhaften österreichischen Bundesangehörigen in ihrem eigenen Interesse aufmerksam gemacht, ihre Pässe, sofern die Gültigkeit derselben abgelaufen ist, beim österreichischen Generalkonsulat, Berlin W 10, Wendlerstr. 15 (Parteienverkehr zwischen 9 bis 1) zur Erneuerung einzureichen. Für die Ausstellung bzw. Verlängerung von österreichischen Reisepässen ist außer zwei Lichtbildern und der polizeilichen Aufenthaltserlaubnis noch die Vorlage eines Heimatscheines, aus dem hervorgeht, daß der Betreffende in einem Orte der Republik Österreich heimatsberechtigt ist, erforderlich. Für Optanten genügt an Stelle des Heimatscheines das Optionsbescheid.

Odol ist antiseptisch
 Odol ist sicher antiseptisch
 Odol ist ganz bestimmt antiseptisch



Der Tod der Einsamen. Die 83jährige Schneiderin Juliane Marie Kopp, Waldstr. 55, war seit einiger Zeit von den Hausbewohnern nicht mehr gesehen worden. Da dies schließlich auffiel, wurde endlich die Kriminalpolizei benachrichtigt, die die Wohnung der St. öffnete und die Greisin tot im Bettte aufsand. Der Tod war infolge von Herzschwäche eingetreten.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen ereignete sich am Dienstagmorgen gegen 3 1/2 Uhr an der Jerusalemer Kirche. Ein Wagen der Linie 66 fuhr auf einen Anhänger der Linie 55 auf. Beide Perrons wurden stark beschädigt, der Anhänger aus den Schienen gehoben und auch noch eine vorüberfahrende Autobuslinie beschädigt. Durch Glasplitter wurden mehrere Personen leicht verletzt. Eine Frau E. Hauff aus der Prinzenstraße mußte mit Schenkelverletzungen und Schnittverletzungen nach der Rettungsfeld in der Kommandantenstraße gebracht werden.

Lehrerbildungslehre Groß-Berlin. Sonntag, den 16. November, nachmittags 8 Uhr, im Theater des Westens „Woyzeck“, von Georg Büchner. Preis pro Karte 0,90 Gm. — Sonntag, den 23. November, nachmittags 8 1/2 Uhr, Festkonzert (Französische Kammermusik) im großen Saal der Philharmonie. Preis der Einzelkarte 1 Gm. — Am 22., 23., 24. November, 3. und 6. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, Vortragsreihe im Theater des Westens. Zur Aufführung gelangt „Lotte im Weihnachtslande“, Märchen mit Musik, Gesang und Tanz. Karten zum ermäßigten Preise von 30, 40, und 60 Pf. — Karten für alle Veranstaltungen sind zu haben in den bekannten Stellen.

Vollvorstellung im Staatlichen Schiller-Theater. Sonntag, 16. November, im Schiller-Theater Charlottenburg Vorstellung des Lustspiels: „Dr. Klaus“, Beginn 8 1/2 Uhr. Karten zum Preise von 1 R., einschließlich Garderobe und Programm, sind in allen Begrüßungen und sonst vorräthig im Theater zu haben.

Jugendtheater Neu-Ulm. Freitag, den 14. November, 4 Uhr, Beginn des Unterrichts in der Knabenmittelschule, Donaustr. 129. Anmeldungen werden dort sowie in den Vorwärts-Expeditionen, Siegfried- und Redaktionsstr. 2, gegen Zahlung von 50 Pf. angenommen.

Männerchor Prenzlauer Berg. Treffpunkt Donnerstagabend 8 Uhr im Krematorium Gerickestraße zur Besichtigung des Genossen Wurr.

Jugendveranstaltungen.

Abend, Mithrasklub des S.-B.1. Heute, Donnerstag, 1/8 Uhr, Sitzung im Diskussionszimmer, Jugendheim Lindenstr. 3.
Abend, Mithrasklub des S.-B.1. Sonntag, den 13. d. M., Vorkursbesprechung im Jugendheim Lindenstr. 3.

Heute, Donnerstag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr:
Freizeitabend Jugendheim Offenbacher Str. 5a, Mithrasklubbesprechung. —
Schulhaus Prenzlauer Berg, Schulstr. 17, Diskussion: „Arbeitslosigkeit“. —
Eisenbahn-Werkstatt: Oberberger Str. 57, Vortrag: „Humor in der Dichtung“. —
Gedächtnis: Jugendheim Lindenstr. 3, Vortrag: „Arbeitslosigkeit einst und jetzt“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Gebälkstr. 37/38, Hof 2 R.
Kameradschaft Westend: Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 30 Uhr, Auftreten von dem Hause Karstr. 29, Hohenhausen.
Kameradschaft Reinholdstr.: Donnerstag, den 13. d. M., abends 7 Uhr, im Lokal Witt. Baumgartenstr. 10, Waldmannstr. 10, Bohnhof Waldmannstr. 10, Trolen.
Kameradschaft Wedding: Freitag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, Auftreten der Abteilung 1, außer Gruppe Domb. in der Schulaula Götterdäler Straße, Gruppe 2 und 3, Gruppe Domb. Thors-Gäß. Vorkursbesprechung in den Besprechungszimmern. — **Kameradschaft Westend:** Freitag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal Witt. Baumgartenstr. 10, Waldmannstr. 10, Bohnhof Waldmannstr. 10, Trolen. — **Kameradschaft Reinholdstr.:** Freitag, den 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Grünauer Str. 4, mittlere Vorkursbesprechung. Die Unterführer rechnen dort mit dem Hauptführer ab.

Deutsche Kadettenvereine der Provinz Ostpreußen, Groß-Berlin. Hauptversammlung am Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, in der Rindl-Brauerei, Reichstr. 10, Hermannstr. 211-213.
Wahlbildungsamt Reinholdstr. Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula der Humboldt-Schule im Trepp und am Freitag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums in Reinholdstr. 10, Berner Straße, Volkshausabend. Eintrittskarten zu 50 Pf. in den Verkaufsstellen sowie an der Abendkasse.
Deutscher Wanderverband, Ortsgruppe Groß-Berlin. Am 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Weidener Hof, Köpenicker Str. 38, Vortrag des Herrn Dr. W. Müller: „Reisen ins Ausland“. — **Verband der Wanderversorger.** Freitag, den 14. November, abends 8 Uhr, im Reichshof der 8. Treptower Straße, Vortrag des Herrn Dr. W. Müller: „Reisen ins Ausland“. — **Verband der Wanderversorger.** Freitag, den 14. November, abends 8 Uhr, im Reichshof der 8. Treptower Straße, Vortrag des Herrn Dr. W. Müller: „Reisen ins Ausland“. — **Verband der Wanderversorger.** Freitag, den 14. November, abends 8 Uhr, im Reichshof der 8. Treptower Straße, Vortrag des Herrn Dr. W. Müller: „Reisen ins Ausland“.

Wenn Besuch kommt

hilft sich die Hausfrau schnell aus jeder Verlegenheit, wenn sie

Spritzgebäckenes

Oetker-Rezept

375 g Mar-arine Pfd. ca. 0,90	M. 0,68
250 g Zucker Pfd. ca. 0,15	0,23
2 Päckchen von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	0,12
125 g ab-zugene und gemahlene Mandeln, Pfund ca. 2,-	0,50
1 Ei	ca. 0,19
250 g Weizenmehl Pfd. ca. 0,24	0,12
50 g Dr. Oetker's Gustin oder feinstes Stärkemehl Pfund ca. 0,64	0,32
	M. 2,10

Zubereitung: Rühre die Butter schaumig, gib alle Zutaten nach der Reihe daran, füge die Teigmasse in eine Butter- oder Gockspritze und spritze kleine Kränze oder S, die man bei mäßiger Hitze bäckt.
Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld
* Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

Oeffentl. Wählerversammlungen

Heute, Donnerstag, 13. November, abends 7 1/2 Uhr:

Mariendorf: Aula des Gymnasiums Kaiserstraße.
Waidmannslust: Lokal Welt, Waidmannstraße.
Tagesordnung: Gegen Monarchie und Schutzölle — für die Republik und Verbilligung der Lebensmittel!
Redner: Luise Köhler, Karl Wermuth.

Freitag, den 14. November, abends 7 1/2 Uhr:

Wedding: Pharusstraße, Müllerstr. 142 und Schulaula Grünthaler Str. 5.
Staaten: Gasthaus Wolf.
Grünwald: Aula des Gymnasiums Herbert- Ecke Kaspark-Theis-Straße.
Schöneberg: Ufandschule, Kolonnenstr. 20/22.
Lichtenrade: Restaurant Rohrmann, Hilbertstraße.
Grünau: Jägerhaus, Bahnhofstr. 1.
Pankow: Gesellschaftshaus, Berliner Str. 103.
Hohenschönhausen: Schulaula Ködernerstr. 68/72.
Vorsigwalde: Vorsigwalder Festhalle.

Tagesordnung: Deutschnationale oder sozialdemokratische Politik? — Kriegs- oder Friedensreichstag?

Redner: Aufhäuser, Robert Breuer, Fleißner-Dresden, Anna Geier, Adolf Hoffmann, Klodt, Lüdemann, Dr. Moses, Ella Seger, Gerhart Seger, Adele Schreiber.

Sonnabend, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr:

Friedrichshain (37. Abl.): Schulaula, Hausburgstr. 20.
Kaulsdorf-Süd: Restaurant Sanssouci.

Tagesordnung: Deutschnationale oder sozialdemokratische Politik? — Kriegs- oder Friedensreichstag?

Redner: Fleißner-Dresden, Karl Leid.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Reichstr. 10, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Vorstandskonferenz.

Montag, den 17. November, abends 7 Uhr, im Börsensaal des Musikvereinshauses, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

An dieser Konferenz müssen teilnehmen: Der Bezirksvorstand, die Abteilungsleiter oder deren Stellvertreter und die Abteilungs-kassierer. Es ist unbedingt notwendig, daß jede Abteilung vertreten ist.

- Die „Wählerin“ kann morgen (Freitag) abscholt werden für die 40. Abt. bei Reichstr. 10, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.
1. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 2. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 3. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 4. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 5. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 6. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 7. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 8. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 9. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 10. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 11. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 12. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 13. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 14. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 15. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 16. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 17. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 18. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 19. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.
 20. Kreis Westend. Sitzung der Beamtenobmänner der 9. bis 13. Abteilung Freitag, den 14. November 7 Uhr, in der Vorwärts-Expedition Wilhelmshöfener Str. 48.

heute, Donnerstag, den 13. November:

Jugendsozialisten. Gruppe Westend: 7 1/2 Uhr, Dantzig Str. 23, Ausprobieren: „Die Aufgaben der Jugendsozialisten“. — Gruppe Reinholdstr.: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Reinholdstr. 10, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Frauenversammlung am Donnerstag, den 13. November:
81. Abt. Westend. Die Genossinnen beteiligen sich am Freitagabend 7 1/2 Uhr bei Reichstr. 10, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

22. Abt. Am Montag, den 10. November, verstarb unser Genosse, der Bezirksführer Heinrich Wurr, Einlieferung heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße. Ueberführung von der Karstr. 29 7 Uhr.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Mittwoch, den 12. November.

1. Rennen. 1. Jovaleur (Gorkler), 2. Na Verbe (Kuhle), 3. Ocean (Walter Geuer). Toto: 32:10. Platz: 15, 16, 14:10. Ferner liefen: Ah me quid, Qeldin, Durlingpöde, Estana VIII, Propulser, Lehnsgraf, Alantia.
2. Rennen. 1. Wundschent (Kuhle), 2. Lelo (Ethy), 3. Melissa (Hartmannsbenn). Toto: 26:10. Platz: 14, 12:10. Ferner liefen: Verlenflicher, Glashäger, Föhle Wädel.
3. Rennen. 1. Jovirn (Walt. Müller), 2. Reichard (Kuhle), 3. Villerstein (Gröschel). Toto: 105:10. Platz: 36, 20:10. Ferner liefen: Gullipoll II, Ezeb ghang, Robom.
4. Rennen. 1. Knudritter (H. Jäh), 2. Saoyard (Dr. König), 3. Sommerlor (v. Borke). Toto: 42:10. Platz: 22, 28:10. Ferner liefen: Unkel Otto, Waxe Anlon, Janca.
5. Rennen. 1. Nabel (Ethy), 2. Köhling (E. Febr), 3. Wippchen II (Quade). Toto: 26:10. Platz: 13, 14, 22:10. Ferner liefen: Fontamora, Wildlage, Amianca, Ghane, Dattel, Delmora, Bassionetta, Diogenes, Zanderhöle, Kottigmann.
6. Rennen. 1. Gnadestritt (Frankle), 2. Danabourg (Witt Geuer), 3. Gigerl (Ethy). Toto: 22:10. Platz: 89, 64, 69:10. Ferner liefen: Varid, Alitine, Golden Gate, Vuy J., Ganymed, Verblüffung, Remerto, Gea, Rodepuppe.

Wetter für Berlin und Umgegend. Heiß, trocken bei schwachen, südlichen Winden. Temperaturen wenig verändert.

Gehe auf Luft!

Der gesunde Fuß ist so kräftig gebaut, daß er das Auftreten beim Gehen nicht lästig empfindet. Leider erfreuen sich unter 100 Menschen kaum 20 eines gesunden Fußes.

Aber dem übermüdeten, durch vieles Stehen und Gehen erkrankten Fuß wird jeder Schritt zum Martyrium und die Möglichkeit „auf Luft zu gehen“ erscheint als wahre Erlösung.

Sie haben in der Tat die Möglichkeit „auf Luft zu gehen“! Denn die Erfindung der patentierten Schuheinlage

Pneumette

hat diesen verlockenden Gedanken verwirklicht.

Die Schuheinlage Pneumette trägt zu diesem Zwecke ein anatomisches Luftkissen, welches sich weich und sanft an das Fußgewölbe anschmiegt.

Dadurch wird in kürzester Zeit das Gehen elastisch und schmerzlos. Die schonende pneumatische Stützung und Hebung des Fußbogens be wirkt gleichzeitig die Abnahme des Leidens, nämlich die Uebermüdung und Senkung des Fußes.

Es gibt kein besseres Mittel, für alle, welche an Uebermüdung, Fußschwäche, schmerzenden Füßen, schwachen Knöcheln und rheumatischerartigen Schmerzen in den Beinen und im Kreuz leiden, als auf „Luft zu gehen“, indem sie die Pneumette benutzen.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und dauerhaft. Wir geben Ihnen ein Paar Pneumette 8 Tage zur Probe. Ueberzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfreies Gehen nicht diesen Versuch wert?)

Niederlage der Pneumette für Berlin

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Fuß-Untersuchung in eigenen Röntgen-Stationen, Leipziger Straße 64 und Tauentzienstraße 20. (9-2 u. 4-7).

Fuß-Spiegelstationen in den Filialen Moabit, Turmstr. 50 und Friedrichstraße 179

Fuß-Prüfung und unentgeltliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen

- Leipziger Straße 64
- Tauentzienstr. 20
- Friedrichstr. 179
- Königstr. 34
- Moabit, Turmstr. 50
- Neukölln, Bergstr. 78
- Friedrichshagen, Rheinstr. 14
- Oranienstr. 34
- Oranienstr. 47a
- Müllerstr. 3a

Schriftliche Aufträge von außerhalb Berlin sind zu richten an den allein. Fabrikant u. Patentinh. (4. D.R.P.) Kreuzversand Alfred Klotz, München, Lindwurmstr. 76

Fragen Sie Ihren Arzt und verlangen Sie kostenfrei von der Firma Kreuzversand, München, das lehrreiche Buch: **Fuß- und Beinschmerzen**

Für die so zahlreichen Vereine, die icher Teilnahme beim Dinstreiben meines lieben Mannes, sage ich hierdurch allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Im Namen aller Dinstreibenden
Marie Mörchel geb. Junfer
Riederstraße 12, Berlin, 12. Nov. 1924

Strickwolle in allen Preislagen!
Jumper- u. Sportwolle pro Pfund nur M. 6.50
Verkauft an jedermann, auch in höchsten Mengen. Qualitätsware in größter Farbenwahl! Ferner: Krimmer-, Sträußen-, Ficht-Boße. Verkauf von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends durchgehend.
Wollvertrieb Bahnhof Börse
Im Hause von Café Dobrin
An der Spandauer Brück-7
Auf Adresse achten!

Gelegenheitskauf!
5000 Sprechmaschinen
10000 Musikinstrumente
Export- und Restposten unter Fabrikationspreis Platten wieder billiger, neu, doppelseitig 25 cm 30 cm
50% herabgesetzt
1,20 1,90
Mandollinen 6,50 8,50 10,- 14,-
Geigen 5,- 7,- 9,- 11,- 15,-
Clarrren 8,50 10,50 12,-
Zithern 3,50 4,50
Ziehharmonika 2,50 3,- 4,90
Wiener 8,50 10,50
Kinderinstrumente u. Harmonikas Riesenauswahl
Schulz & Gundlach, Münzstr. 18 (nicht an Alexanderplatz)

Parzellen
in Motzenmühle von 100 - an. Kiehlert Berlin, Arndtstr. 41.

Waisenpension
jeder Wer leistet preiswert!
Paul Golletz
normaler Arbeit bzw. Mariannenstr. 2.
Eink. 100000

Hosch-Anders
Busselstraße 25

Wahlaufruf!

Partei der Zufriedenen
 Unerhörte Vorteile
 sind's, die wir unseren Anhängern bieten
 an Auswahl wie er bisher kaum gekannt war!
Reichtum,
Senkung der Preise
 auf ein Minimum.
 Jeder Kauf bedeutet eine Ersparnis.
Freude und Zufriedenheit.
 Schließt Euch an!

- | Mäntel | | Kleider | |
|--------------------|------------------|---------------------|------------------|
| Fantasie-Mäntel | 6 ⁷⁵ | Schotten-Kleider | 23 ⁷⁵ |
| Einfarbige Mäntel | 9 ⁷⁵ | Cheviot-Kleider | 26 ⁷⁵ |
| Vel.-de-laine-Mil. | 19 ⁷⁵ | Gabard.-Kleider | 26 ⁷⁵ |
| Wollplüsch-Jacken | 39 ⁷⁵ | Trikot-Kleider | 6 ⁷⁵ |
| Wollplüsch-Mäntel | 47 ⁷⁵ | Kostüme | |
| Seal-Plüsch-Mäntel | 83 ⁷⁵ | Fantasie-Kostüme | 14 ⁷⁵ |
| Kindermäntel | | Cheviot-Kostüme | 19 ⁷⁵ |
| Fantasie-Mäntel | 5 ⁷⁵ | Gabard.-Kostüme | 36 ⁷⁵ |
| Einfarbige Mäntel | 6 ⁷⁵ | Vel.-de-laine-Kost. | 49 ⁷⁵ |
| Vel.-de-laine-Mil. | 16 ⁷⁵ | Röcke | |
| in großer Auswahl | 0 ⁷⁵ | Sport-Röcke | 23 ⁷⁵ |
| | | Cheviot-Röcke | 23 ⁷⁵ |
| | | Gabardine-Röcke | 23 ⁷⁵ |
| | | Vel.-de-laine-Röcke | 23 ⁷⁵ |



Jugendliche Winter-Mantel mit Bachtische und Klett-Dahmen, schöne Floss- und andere Werk-Kragen mit Pelz vorlässt. **mit 19⁷⁵**

Eleganter Mantel im Velours de laine, mit höchst feiner Verarbeitung, Kragen mit reichem Pelzbesatz (amark. Opussum). **mit 39⁷⁵**

Präzises Gabardine-Kleid mit hübscher Fressen- und Krepplinetzung und Taschen, in verschiedenen Farben. **mit 12⁵⁰**

Königsstraße 35
 Am Bahnhof Alexanderpl.
Chaussee str. 115
 Beim Stettiner Bahnhof
 Untergrundbahnstation)



Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Man nehme Henko!

Henko

die altbewährte Henke's Wasch- und Bleich-Soda
 Spart Seife beim Waschen und ist das beste Einweichmittel

Hast Du schon 'nen Paletot?
 Kauf' bei Schenk, sonst nirgendwo!!
 auf **Teilzahlung!**
 Sportpelze, Taillemäntel, Anzüge etc.
 für alle Figuren
 Größtes Berliner Spezialgeschäft
 dieser Art in Herren-Konfektion
Köpenicker Straße 127
 im 1. Industriebel rechts parterre

ALBERT Schenk

Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph
 Berlin W. 37
 besonders kräftigend u. erfrischend Potsdamerstr. 123

BILLIGE ANGEBOTE

Winterjoppen 18 ⁰⁰ 25 ⁰⁰ warm gestärkt, gute Lodenstoffe...	Herren-Trikot-Garnituren 5 ⁷⁵ buntfarbig, alle Größen	Herren-Trikot-Oberhemden 3 ⁹⁰ mit Kragen & Manschett.	Herren-Normal-Hemden 2 ⁴⁵ alle Größen.....	Oberhemd 5 ⁹⁰ Perkal, mit 2 Kragen.....
Lodenmäntel 36 ⁰⁰ gute impraktierte Lodenstoffe....	SCHUHWAREN			Oberhemd 8 ⁷⁵ in Makrospor, mit 3 Kragen.....
Sakkoanzüge 32 ⁰⁰ gemasterte Stoffe, gute Passform.....	Herren-Stiefel u. -Halbschuhe in Braun und Schwarz, moderne schöne Form 12 ⁵⁰	Damen-Halbschuhe Einstepperei, in verschiedenen Ausführungen und Lederarten..... 6 ⁹⁰ 9 ⁵⁰	Damen-Leder-Überschuhe mit Pelzbesatz, in Braun 12 ⁵⁰	Nachthemd 5 ⁹⁰ mit Kragen, Gelschaf, gute Qualität.....
Sakkoanzüge 52 ⁰⁰ moderne Formen, auch Streifenmuster	Kinder-Ohrenschuhe Kamelhaut-Art, mit guter Filzsohle..... Größen 20-24 1 ⁵⁰	Schnallenstiefel für Kinder, Kamelhaut-Art, mit Filz- und Ledersohle und Letzerglas, Gr. 27-30 Gr. 31-34 3 ⁴⁰ 3 ⁵⁰	Damen-Stoff-Hausschuhe mit Ledersohle..... Größen 36-38 2 ⁴⁰	Selbstbinder 2 ⁵⁰ moderne Form und Muster.....
	Schnallenstiefel Kamelhaut-Art, mit Filz- und Ledersohle... für Damen 4 ²⁰ für Herren 4 ⁵⁰	Haarhüte 8 ⁵⁰ mod. Formen u. Farben, kleine Fehler	Burchen-Hüte u. Mützen 1 ²⁵	

HERMANN TIETZ

Hohenzollern / Deutsches Volk.

Monarchistische Propaganda und Dynastienvermögen.

Unsere Gegner sprechen höhnend von der „sogenannten“ Revolution des 9. November. Man ist fast geneigt, ihnen recht zu geben, wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß jetzt, sechs Jahre nach der Proklamierung der Republik, das deutsche Volk sich in die Lage versetzt sieht, mit seinem davongelaufenen Landesvater und dessen Familie über das Eigentum an dem Volksermögen, das die Hohenzollern im Laufe der Jahrhunderte an sich gebracht haben, zu prozessieren. So pietätvoll wie nach 1918 ist denn doch selbst das Bürgertum früher mit verjagten Dynastien nicht umgegangen. Als nach 1866 Hannover und Kurhessen ihre „angestammelten“ Landesväter los wurden und unter die Bittelhäube der Hohenzollern kamen, da waren weder die Hohenzollern noch die preussische Regierung und die Volkvertretung so sentimental, wie das deutsche Volk nach 1918. Bismarck wußte recht wohl, daß jeder Pfennig, der den depostierten Fürsten gezahlt würde, für diese eine Waffe sein würde, ihre dynastischen Ansprüche zu propagieren. Er proklamierte demgegenüber das „unzweifelhafte Recht der Notwehr“ gegen derartige Bestrebungen und legte dem Landtag im Jahre 1868 Befehle vor, durch welche das gesamte Vermögen der landesherrlichen Familien von Hannover und Kurhessen beschlagnahmt wurde. Als der Zentrumsführer Windthorst bei der Beratung dieser Vorlagen prophetisch ausrief, daß die Hohenzollern einst ihre historische Vergeltung erhalten würden, entgegnete ihm Bismarck mit den berühmt gewordenen Worten, daß „die königliche Regierung in der Ausübung ihrer Pflicht für den Frieden des Landes zu sorgen nicht über juristische Zwirnsfäden stolpern würde.“ Heute denken diejenigen, die sich als die Erben Bismarcks aufspielen, bekanntlich ganz anders über die „juristischen Zwirnsfäden“. Sowohl das Abgeordnetenhaus wie das Herrenhaus nahmen die Vorlagen an. In dem Kommissionsbericht des Herrenhauses, das doch wahrlich kein wildes Revolutionstribunal war, findet sich der folgende Satz, der beweist, daß die „edlen und erlauchten Herren“ besser wußten, worauf es ankommt, als die jetzigen bürgerlichen Parlamentsmehrheiten in Preußen und dem Reich:

„Die Mitwirkung der Volksovertretung ist im vorliegenden Falle nur deshalb in Anspruch genommen, einestheils, weil es sich um Sanktionierung einer politischen Maßregel handelt, bei der von Haus aus klar bleiben muß, daß die Mitwirkung der Gerichte ausgeschlossen bleibt.“

Schließlich seien unseren Regierungen und Volksovertretungen noch aus der Rede, mit der Bismarck die Befehlentwürfe im Herrenhause begründete, folgende Ausführungen in das Stimmbuch geschrieben:

„Ich habe nicht gehört, daß die Vorfahren des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Throne Englands getrieben hatten, diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert haben, der königlichen Armee bei Bulloden entgegenzutreten. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, deren Thronen den Staatsumwälzungen in Frankreich, in Spanien und in Italien zum Opfer fiel, auf Kosten dieser Länder mit einer Dotation versehen worden wären. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre juristische Pflicht gehalten wird, der Königin Isabella Mittel zum Kriege gegen sich zu liefern, und daß von Italien die Bourbonen in ihren Absichten durch Staatsmittel unterstützt wurden. Ich führe dieses nur an, um Ihnen die Gringehaltung zu kennzeichnen, mit welcher wir die Entrüstung aufzunehmen haben, die sich von vielen feindseligen Seiten geltend macht, als ob wir hier einen ungerechten, gewalttätigen Akt gegenüber einem an sich ungerecht seines Thrones beraubten Fürsten verüben.“

Wie unvorteilhaft sieht hiergegen das Verhalten unserer Regierungen und bürgerlichen Parlamentsmehrheiten ab, mit denen diese anscheinend den Hohenzollern den Dank abstatten wollen für die „herrlichen Tage“, denen sie das deutsche Volk entgegengeführt haben.

Was hat es nun für eine Bewandnis mit diesem sog. „Hohenzollernvermögen“? Ist dasselbe überhaupt ein Privatvermögen im Sinne unseres bürgerlichen Rechts? Die Hohenzollern kamen bekanntlich arm wie die Kirchmäuse nach Brandenburg. Eine Trennung zwischen Staatsvermögen und landesherrlichem Vermögen gab es in der Zeit des Absolutismus nicht. Die Fürsten galten als die Repräsentanten und Treuhänder des Volkes. Was sie erwarben — meist gefolgt es durch Krieg und Raub, sowie durch Enteignung von Kirchengütern und ähnliche wahrlich nicht privatrechtliche Akte — erwarben sie mit Mitteln des Volkes und für das Volk, als dessen „erste Diener“ sie sich angeblich nach dem Worte Friedrichs II. fühlten.

Welche Vermögensmassen die Hohenzollern im Laufe der Zeit zusammengerafft haben, darüber unterrichtet anschaulich eine Denkschrift, welche das preussische Finanzministerium vor einigen Wochen dem Staatsrat und dem Landtag vorgelegt hat. Schade, daß die Denkschrift so schwer verständlich ist; sie wäre sonst die beste Propagandabroschüre für den Wahlkampf. Da sind zunächst ungezählte Herrschaften und Güter mit einem Land- und Privatbesitz von mehr als 700 000 Morgen. Ferner 103 Ruggrundstücke und 80 Schlösser und Parks. Welche Bedeutung es für die Groß-Berliner Bevölkerung hat, daß die Entscheidung im Sinne des Volkes fällt, geht aus der Tatsache hervor, daß 83 dieser Ruggrundstücke und 28 von den Schlössern und Parks in Berlin und Potsdam nebst Umgebung gelegen sind, darunter Parkanlagen wie Bellevue, Sanssouci, Babelsberg, Pfaueninsel usw., die für die Großstadtbevölkerung geradezu unentbehrliche Erholungsstätten sind. Wenn die Bevölkerung Berlins am 7. Dezember den offenen oder versteckten Monarchisten ihre Stimme gibt, darf sie sich nicht wundern, wenn ihr diese Erholungsstätten entrissen werden.

Nun ist freilich das Hohenzollernhaus recht „bescheiden“. Es ist bereit, diejenigen Teile des „Kronvermögens“, die einen Zuschuß erfordern, wie z. B. die Theater, dem Volke zu überlassen, wenn dieses ihm dafür eine „Abfindung“ zahlt, die bereits im Jahre 1919 auf 100 Millionen Goldmark bemessen war. Zur Sicherung vor dem schlimmsten Hunger verlangen die Hohenzollern die sofortige Auszahlung einer jährlichen Rente von 1¼ Millionen Goldmark. Sie sind ferner bereit, die Entscheidung über die Vermögensmasse einem Schiedsgericht zu überlassen, falls ihnen von vornherein neben einer Anzahl von Schlössern und Grundstücken ein Landbesitz von 400 000 Morgen garantiert wird, der ihnen einen jährlichen Reinertrag von 5,7 Millionen Goldmark bringen würde, d. i. der Jahresbetrag der Invaliden-

Der Rücksichtslose.



„Muß sich der Mensch denn ausgerechnet hier hinlegen? Man kann sich ja gar nicht die Auslage ansehen!“

rente, die 34 000 erwerbsunfähige Invalidenrentner nach einem Leben voll Mühen und Entbehrungen beziehen!

Für uns ist die Frage der sog. „Auseinanderetzung“ mit den Hohenzollern eine politische und keine juristische. Der größte Teil des Volkes ist durch die verurteilte Politik der Hohenzollern enteignet worden. Den Hand- und Kopfarbeitern sowie dem Mittelstand und selbst vielen Familien, die sich früher großer Reichtümer erfreuten, ist durch die wilhelminische Politik ihr gesamtes Vermögen genommen worden. Das ganze Volk mit Ausnahme von ein paar Parasiten und Glücksrittern leidet unter den Folgen der dynastischen Politik. Spartassengläubiger, Hypothekengläubiger, Rentner usw. sind durch dieselbe an den Bettelstab gebracht. Durch die Abgeltungsverordnung sind Ansprüche gegen den Staat, die nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts absolut zweifelsfrei und viel besser fundiert waren, als die Hohenzollernansprüche, zugunsten des Staates getrichen oder auf ein Minimum reduziert worden. Es gehört ein robustes Gewissen dazu, bei dieser Sachlage den Hohenzollern Werte von ungezählten Millionen zuzuschlagen zu wollen. Unsere Vertreter in den Parlamenten haben von Anfang an aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen gezogen und die Vortagung eines Enteignungsgesetzes an den Reichstag verlangt, durch welches den Ländern die Möglichkeit gegeben wird, die angeblichen Vermögen der Dynastien, die von Rechtswegen dem Volke gehören, auch zugunsten des Volkes zu verwenden.

Wir sind freilich der Ueberzeugung, daß auch eine rein juristische Auseinanderetzung zu einem Siege des Volkes führen müßte, wenn das deutsche Volk nach dem November 1918 dasselbe getan hätte, was die französische Republik nach dem Sturze des Kaiserreichs im Jahre 1871 getan hat, nämlich die monarchistischen Richter davonzulassen und an deren Stelle Republikaner zu setzen. Bei einem Richterstande, der zu mehr als 90 Proz. monarchistisch verfaßt ist, wie in Deutschland, sind natürlich die Interessen der früheren Monarchen besser aufgehoben als diejenigen des Volkes. Beweis hierfür ist ja schon die Tatsache, daß alle Prozesse, die seit dem Bestehen der Republik zwischen dem Volke und den früheren dynastischen Familien geführt sind, zuungunsten des Volkes entschieden sind.

Nur ein paar Beispiele dafür, wie windig es auch rein juristisch um die Ansprüche der Hohenzollern steht:

Der Münchener Kunstmaler Schack verpflichtete sich gegen Verleihung des Grafentitels an ihn und seine Familie seine Galerie dem deutschen Kaiser „und seinem jedesmaligen Nachfolger in der Regierung“ zu überlassen. Das saubere Geschäft wurde beiderseitig erfüllt. Der titellüsterne Sammler

erhielt seinen Grafentitel und Wilhelm II. im Jahre 1894 die Galerie. Die Monarchisten sind so geschmackvoll, anzunehmen, daß Wilhelm II. die Galerie habe für sich erwerben wollen, d. h. daß er sich für ein Amtsgeschäft habe einsetzen lassen, also eine Handlung begangen habe, die nach unserem Strafbuch mit schwerer Freiheitsstrafe bedroht ist.

In den Unglücksjahren 1806 und den folgenden, in denen von allen „Untertanen“ die äußersten Opfer an Gut und Blut verlangt wurden, hatte der damalige Landesherr Friedrich Wilhelm III. die Domäneneinkünfte, die ohnehin nicht zu Privatvermögen waren, sondern dem Staate zustanden, nicht voll für seine Privatausgaben verbraucht, sondern sie für Zwecke der Kriegsführung zur Verfügung gestellt. Als später einige Hoffschranzen darauf drangen, daß Friedrich Wilhelm III sich diese Beträge noch nachträglich erstatten lassen sollte, erwiderte er mit folgendem Handschreiben:

„Meine Untertanen haben in den Jahren 1806/07 und ferner in den unglücklichen Zeiten nicht nur zum größten Teil ihr Vermögen verloren, sondern auch außerordentlich große Opfer gebracht, was ihnen nicht ersetzt worden ist. Ich will nichts davon voraus haben, sondern mit ihnen das Un Glück teilen und mit ihnen verlieren.“

Als der Rohr seine Schuldigkeit getan und das preussische Volk auf den Schlachtfeldern sein Leben für die Dynastie verspritzt hatte, waren diese guten Vorsätze bald zum Teufel. Friedrich Wilhelm III. ließ sich die zur Kriegsführung verwandten Teile der Domäneneinkünfte nachträglich auszahlen und kaufte von dem Betrag die sog. Solignoy Gemäldesammlung, die den Grundstock der staatlichen Kunstgalerien bildet und jetzt als „Hohenzollernvermögen“ deklariert wird. Selbst der volksparteiliche Finanzminister v. Richter kommt in der erwähnten Denkschrift zu folgender Schlussfolgerung:

„Die Domäneneinkünfte, die der König nicht für sich und seine Familie in Anspruch nahm, gehörten ohne weiteres dem Staate. Es war deshalb unzulässig, daß Friedrich Wilhelm III. sich nachträglich auf Staatskosten dafür entschädigen ließ, daß er in der Zeit der Not seine Privatausgaben eingeschränkt hatte.“

Ein typisches Beispiel für die Selbstlosigkeit der Hohenzollern!

Die vormaligen Dynasten wissen, was bei den Wahlen vom 7. Dezember für sie auf dem Spiele steht. Wir sehen sie deshalb überall als eifrige Förderer der deutschnationalen und deutschvölkischen Reaktion. Sachwalter der Hohenzollern bei der Auseinanderetzung mit dem preussischen Volk ist der Herr v. Berg, der vor einigen Tagen als „Adelsmarschall“ jenen famosen Aufruf zur Wahl monarchistischer Kandidaten erlassen hat. Am 7. Dezember wird das Volk hoffentlich die gebührende Antwort darauf erteilen und dafür sorgen, daß die dem Volke gehörigen Vermögenswerte nicht den Hohenzollern und damit gleichzeitig der monarchistischen Propaganda zur Verfügung gestellt werden.

Bürgerlicher Versammlungsschlaf.

Aus einer Volkspartei-Versammlung.

Es kennzeichnet die Wahlmüdigkeit der bürgerlichen Reaktion, daß in einer von der Deutschen Volkspartei einberufenen öffentlichen Wählerversammlung, die am Dienstag in den Kammersälen, Zeltower Straße, stattfand, und auf der der Referent Streiter sich vergeblich bemühte, die Schaupolitik der Streiteute zu begründen, so rund 200 Personen anwesend waren. Ein Teil von ihnen war obendrein bestellte Clique. Über selbst der Besuch der übrigen Wähler reichte zusammen mit dieser nicht hin, um den Saal zur Hälfte zu füllen. Zufälligerweise hielt am gleichen Tage das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Nähe eine Versammlung ab, und es war kein Wunder, daß die Kameraden sich lebhaft dafür interessierten, was die schwarzweißroige Woge (Auswahl nach Bedarf) Partei auf ihren Wahlversammlungen verapste. In der Diskussion kamen auch einige demokratische und sozialdemokratische Redner zum Wort. Es erregte große Freude, daß ein Parteigenosse erklärte, der volksparteiliche Referent habe ja selbst Wahlpropaganda für die Sozialdemokratie gemacht, indem er erklärte, die bisherige Politik müsse aufrechterhalten werden. Genosse Heßhold entkräftete die Darlegungen des Referenten mit schlagenden Gegenargumenten. Den Einberufern der Versammlung war es offenbar recht peinlich, in diese Kampfstellung gerückt zu werden und es war ihnen offenbar noch peinlicher, daß das Reichsbanner die Versammlung mit einem Hoch auf die Republik und mit dem dritten Vers des Deutschlandliedes beendete. Erst das Reichsbanner vermochte überhaupt in diese müde Zusammenkunft etwas Leben hineinzubringen. Vielleicht wäre es besser, man ließe den geplogten Rechtsparteilern ihren gefunden Versammlungsschlaf.

Um Macht und Einfluß des Unternehmertums Interessentenpolitiker.

Die Parteien, die am lautesten ihre nationale Gesinnung und ihr Staatsbürgertum betonen und am entschiedensten vom Klassenkampf abriicken, sind die schlimmsten Interessentenparteien. Man kann bei ihnen direkt die Abgeordneten nach Branchen fortieren. Ein kleiner Beleg dafür ist ein vertrauliches Rundschreiben des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels e. V. Es heißt:

Sehr geehrtes Mitglied!

Es ist eine alte und nur zu berechtigte Klage des Einzelhandels, daß er in der parlamentarischen Vertretung seiner Interessen hinter anderen Bevölkerungsgruppen weit zurücksteht. Manches Unheil in der Vergangenheit, manche Sonderbelastung, die uns noch gegenwärtig bedrückt, ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen. Aber mit Versammlungsbeschlüssen, mit unfruchtbareren Schritten ist dieser Zustand nicht zu ändern. Wir müssen uns rühren, müssen unseren ganzen Einfluß aufbieten, daß bei den am 7. Dezember d. J. stattfindenden Neuwahlen zum Reichstag sachkundige und erprobte Vertreter unserer Berufsgruppe sich und Stimme gewinnen.

Zu unserer Freude können wir mitteilen, daß das geschäftsführende Vorstandsmittglied unseres Bundes, Herr Dr. Deite, im Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck als Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei für die Reichs-

Willst Du Qualitätsraucher sein —

Kauf' bei Oscar Görner ein!

Berlin W. 8 Unter den Einden 3

tagemacht aufgefesselt worden ist und die Kandidatur angenommen hat. Andere ausichtsreiche Kandidaturen uns nahe-
 liehender Persönlichkeiten bei bürgerlichen Par-
 teien befinden sich in Vorbereitung.

Aber der Wahlkampf erfordert nicht nur geistige Kräfte, sondern
 auch erhebliche finanzielle Mittel. Die Kassen der politischen
 Parteien haben sich von den Wahl-Wahlen noch nicht ausreichend er-
 hält und verfügen teilweise gänzlich. Soll es den Kandidaturen
 unserer Berufsvertreter nicht an ausreichender Propaganda fehlen,
 so dürfen wir geldliche Opfer nicht scheuen.

Zu solcher Wahlhilfe rufen wir jedes einzelne unserer Mit-
 glieder auf. Es geht nicht um die Unterstützung dieser oder jener
 politischen Partei — wir sind als wirtschaftliche Interessensvertretung
 parteipolitisch völlig neutral —, es geht um Macht und Einfluß
 unseres Standes.

Dieser Gedanke und die Erwägung, wie sehr das wirtschaftliche
 Schicksal auch des Textil-Einzelhandels von der Zusammensetzung des
 kommenden Reichstags abhängt, sollte jedem von uns groß-
 zügige Gebehrdigkeit als eine Pflicht gegen sich
 selbst erscheinen lassen. Wir rechnen auf Sie, und wir erwarten,
 daß Sie opferwillig eintreten für unsere Wahlparole: „Textil-
 einzelhändler in den Reichstag!“

Zumendungen erbitten wir mit der Bitte um „für Wahl-
 zwecke“ an unser Postfachkonto Berlin Nr. 33947 oder an unser
 Konto bei der Darmstädter und Nationalbank, Depofitenkasse,
 Berlin W. 8, Charlottenstraße 29/30.

In vorzüglicher Hochachtung
 Reichsbund des Textil-Einzelhandels e. V.
 Der Vorsitzende
 Rudolph Herzog.

Für diese Leute ist der Reichstag eine Börse, ein Clearing-
 Institut, wo bei Steuerberatungen und bei der Beratung wirt-
 schaftspolitischer Gesetze die Interessen der Unternehmer aus-
 geglichen werden, während der Allgemeinheit das Fell über
 die Ohren gezogen wird.

Dieser Interessentenschacher ist am ausgeprägtesten in der
 Volkspartei. Sie sollte eine Sammelwahlparole ein-
 führen: „Alle Branchen des Handels und der Industrie werden
 bestens vertreten. Aufträge werden entgegengenommen und
 prompt ausgeführt. Für beste Dedung durch schwarzweißrote
 Besinnung wird Sorge getragen.“

Das Stimmrecht der Ausgewiesenen.

In einer Verordnung des Ministers des Innern wird bestimmt,
 daß Stimmrechte, die aus dem beizetzten Gebiet (alt- und neu-
 beizetztes Gebiet) ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Verfassung-
 mächtigkeitsbehörde verweigert sind, insbesondere auch Personen dieser Art, die
 infolge der Wohnverhältnisse dorthin noch nicht haben zurückkehren
 können, für die Landtagswahlen auf Antrag in das Wähler-
 verzeichnis ihres Aufenthaltsorts einzutragen sind,
 auch wenn sie an diesem Ort keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen
 Aufenthalt haben.

Aus der Partei.

Der sächsische Dauerkonflikt.

Dresden, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) In einer
 Konferenz der sächsischen Landesinstanzen und der Fraktions-
 minderheit wurde einstimmig folgende Resolution ange-
 nommen:

„Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen
 Partei Sachsens hat am 25. und 26. Oktober in Leipzig einstimmig
 beschlossen, den Landtag aufzulösen und die Neuwahlen am 7. De-
 zember zu vollziehen.“

Die Fraktionsmitglieder haben diesem Beschluß weder wiede-
 rsprechen noch gegen ihn Bedenken erhoben. Widerspruch ist auch
 nicht geltend gemacht worden gegen die Dresdener Vereinbarungen,
 die die Kandidaturfrage betreffen. Der Parteivorstand ist den
 Dresdener Vereinbarungen beigetreten und hat die
 Fraktionsmitglieder angewiesen, den Leipziger Beschlüssen zuzu-
 stimmen. Auf offenbarem Einspruch einzelner Mitglieder hat er jedoch
 die Fraktionsmehrheit empfohlen, der Auflösung des Land-
 tages erst dann zuzustimmen, wenn die Dresdener Vereinbarungen
 erfüllt seien. Eine Suspendierung des Beschlusses der Landes-
 versammlung ist aber nicht erfolgt. Nachdrücklich erklärten auch die
 Fraktionsmitglieder, daß die Kandidaturfrage für sie keine Rolle
 spiele, sondern daß sie aus politischen Gründen die Landtagsauf-
 lösung nicht für gegeben erachteten. Die Frage der Zweckmäßigkeit
 der Auflösung des Landtages war jedoch durch die Landesversamm-
 lung entschieden. Trotzdem hat die Fraktionsmehrheit,
 nachdem sie vorher in Sonderberatungen unter Ausschaltung der Ge-
 samtfraktion die einzelnen Genossen festlegen hat, die Auflösung des
 Landtages abgelehnt. Sie hat es getan, obwohl sie vorher in

Zum Streik der Hochbahner.

Die Hochbahndirektion macht scharf.

Die Direktion der Hochbahngesellschaft, deren scharfmacherische
 Haltung nicht von heute und gestern ist, gibt sich die größte Mühe,
 durch Lancierung tendenziöser oder direkt erfun-
 dener Nachrichten den Streik der Hochbahner in die Länge
 zu ziehen. Auch die Direktion der Hochbahn wird wohl nicht be-
 haupten können, daß das Fahrpersonal besonders radikal eingestellt
 oder streikfertig ist. Aber die Schmutzfontäne, die die Direktion
 der Hochbahn während der Inflationsperiode gegen die Straßenbahn
 auf Kosten des Personals trieb, die rücksichtslose Ausnutzung der
 Schwächung der Gewerkschaften durch die Inflation und die kommuni-
 stische Zerfährungsarbeit muß schließlich die zahllosen Gemüter zur
 Erregung bringen.

Die Direktion der Hochbahn weiß es sehr wohl, und der Schlich-
 ter, der den letzten Schiedspruch verkündet und für verbindlich er-
 klärt hat, müßte es gleichfalls wissen, daß die Hochbahner sich in
 erster Linie gegen die verurteilte Verewigung des Ab-
 baues des Achtstundentages erhoben haben. Es ist uns
 einfach unverständlich, wie deutsche Unternehmer und wie amtliche
 Schlichtungsstellen, die doch beide mit den Arbeitern und ihren Ver-
 tretern in direkte Berührung kommen, der Meinung sein können,
 daß die deutsche Arbeiterschaft die Verlängerung der Arbeitszeit auf
 die Dauer ertragen wird. Wenn zu dieser Verlängerung der Arbeits-
 zeit noch eine unzureichende Entlohnung kommt, wie bei
 der Hochbahn, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Arbeit-
 nehmerschaft sich auch einem verbindlich erklärten Schiedspruch nicht
 beugt.

In der Nachtausgabe des „Tag“ vom Dienstag kündigte die
 Direktion der Hochbahn an, daß ab Mittwoch „Teilbetrieb auf
 der Hochbahn“ herrschen würde. Dieser Teilbetrieb sollte an-
 geschuldigt werden. Hierzu wird uns vom Bund der tech-
 nischen Angestellten und Beamten mitgeteilt, daß das
 technische Personal, das von der Direktion in diesem Artikel als Streik-
 brechergarde ausersehen ist, sich für diese Rolle bestens be-
 dankt. Bis gestern nachmittag hat die Direktion, die schon am
 Dienstag die Wiederaufnahme des Betriebes mit Hilfe des Aufsichts-
 personals angekündigt hatte, es noch nicht einmal gewagt, das Ver-
 langen des Streikbruchs an das technische Aufsichtspersonal zu stellen.
 Der Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages, den das Be-
 triebspersonal führt, ist auch die Forderung des Auf-
 sichtspersonals.

In den gestrigen Abendblättern, und insbesondere wieder in der
 Nachtausgabe des „Tag“, kann man ähnliche falsche Nachrichten der
 Hochbahndirektion finden. Im „Tag“ wird erzählt, daß sich etwa
 300 Arbeitswillige infolge des Ultimatus der Direktion der Hoch-

bahn gemeldet hätten. Während die Hochbahndirektion jedoch ohne
 Arbeitswillige des Fahrpersonals am Dienstag schon die Wieder-
 aufnahme des Betriebes angekündigt, erklärt sie jetzt, daß sie auch mit
 den angeblich vorhandenen 300 Arbeitswilligen einen Teilbetrieb
 noch nicht eröffnen könne. Man begehe seitens der Direktion das
 Bedenken, daß Streikende sich in Zivilkleidung auf die Bahn-
 höfe begeben und das Fahr- und Bedienungspersonal in seiner
 Tätigkeit stören oder eventuell den Strom ausschalten
 könnten. Die Polizeibehörde habe sich allerdings bereit er-
 klärt, zur Verhütung solcher Eingriffe eine entsprechende Anzahl von
 Schupo-Beamten zur Verfügung zu stellen. Arbeitswillige seien offen-
 bar in erheblich größerer Zahl vorhanden, aber sie schütten sich, dies
 zu erkennen zu geben, weil von den Streikenden ein außer-
 ordentlicher Terror ausgeübt werde. Dennoch hoffe die
 Direktion, daß sich in kurzer Stunde für die Einrichtung eines Teil-
 betriebes die nötige Zahl von Streikbrechern melden werde. Der
 Artikel schließt: „Die Aufknüpfung von Verhandlungen seitens der
 Direktion ist völlig ausgeschlossen.“

Diese Scharfmacherei in Reinkultur, die mit Drohungen, falschen
 Nachrichten und Hochmütigkeit arbeitet, ist gewiß nicht überraschend,
 wenn man es mit der Direktion der Hochbahngesellschaft zu tun hat.
 Am Dienstag meldete die Direktion, daß schon Mittwoch ein Teil-
 betrieb mit Hilfe des Aufsichtspersonals einsetzten werde. Am Dienst-
 tag noch läßt sie verkünden, daß sich 300 Arbeitswillige gemeldet
 hätten und solche „offenbar in erheblich größerer Zahl“ vorhanden
 seien, daß die Direktion aber trotzdem einen Teilbetrieb nicht auf-
 nehmen werde. Der „Terror“ der Streikenden sei so groß, daß sie
 auch vor Sabotageakten nicht zurückschrecken würden.

Trotz dieses angeblichen Terrors weist die Direktion die Be-
 wörterung, die Aufsichtsbehörde und den Schlichter in der Hoffe-
 nung, daß sie einen Teilbetrieb aufnehmen würde. Jedenfalls —
 und das geht wieder die behördlichen Schlichtungsstellen an — sei
 es völlig ausgeschlossen, daß die Direktion sich auf irgendwelche
 Verhandlungen einlasse. Wir nehmen ohne weiteres an, daß das
 Teilbetriebsgespräch es ohne weiteres ablehnt, sich zum
 Vorteil der Scharfmacher der Hochbahndirektion
 herzugeben. Wir wählen auch nicht, welche Mittel in Bewegung
 gesetzt werden könnten gegen Streikende, die sich in musterhaf-
 ter Ordnung verhalten haben.

Im übrigen erscheint es uns unabweisbar, daß die Auf-
 sichtsbehörden ihre Zustimmung zur Aufnahme eines Teil-
 betriebes geben können der nichts anderes sein kann als eine
 Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Eine andere
 Frage ist es, ob das Reichsarbeitsministerium nicht von sich aus
 eingreifen müßte, um zu verhindern, den Streik bezulegen.

eindringlicher Rede auf die verhängnisvollen, parteischädigenden
 Folgen eines solchen unbegreiflichen Verhaltens auch von Genossen
 hingewiesen wurde, die bisher den Standpunkt einer Bandtagsauf-
 lösung nicht vertraten. Alle nachdrücklichen Bemühungen scheiterten
 an der Eigenwilligkeit und vorerfassten Meinungen.

Mit der Ablehnung der Auflösung des Landtages haben 23 Mit-
 glieder der sozialdemokratischen Fraktion einen schweren Diszi-
 plinbruch begangen, der die Interessen der Partei schwer
 schädigt. Damit haben die 23 die Verbindung mit der Organi-
 sation eigenwillig und unter bewußter Mißachtung der Partei-
 genossen gelöst. Die Bezirksorganisationen werden ersucht, für die
 schärfste Abberufung der Disziplinbrecher von ihren Abgeord-
 netenmandaten zu sorgen.

Die Zustimmung der Auflösung des Landtages bis
 zum 9. Dezember hat es der sächsischen Parteiorganisation unmöglich
 gemacht, die in Dresden und Leipzig getroffenen Vereinbarungen
 durchzuführen. Die Landesinstanzen sprechen den Genossen, die sich
 für die Durchführung des auf der letzten Landesversammlung ein-
 stimmig gefassten Beschlusses und für die Auflösung des Landtages
 eingesetzt haben, ihr volles Vertrauen aus und werden sie in
 jeder Hinsicht stützen.

Die 23 treiben eine Politik auf eigene Faust. Demgegenüber
 fordern die Landesinstanzen, daß die Abgeordneten der sozial-
 demokratischen Partei im Landtag die Auflösung und Beschlüsse der
 sächsischen Parteiorganisationen durchführen.

Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens
 sprechen der Regierung Heißes und schärfste Mißtrauen aus.
 Die Landesinstanzen erwarten von den Parteigenossen aber nicht
 allein die entschlossene Durchführung dieser Beschlüsse, sondern sie
 fordern vor allem auch die Genossen zu einer rücksichtslosen Hingabe
 und zu einem Einsehen aller Kräfte im beginnenden Reichstags-
 wahlkampf auf, damit sie den Feinden der Arbeiterbewegung
 zeigen, daß sie auch dann gewillt sind, der sozialdemokratischen und
 der demokratischen Idee unerschütterlich die Treue zu halten, wenn
 sie von einigen Wandstärkern mit Füßen getreten worden ist.“

Zu dieser Erklärung sei vorläufig nur folgendes bemerkt: Diese
 Darstellungen des Sachverhalts sind durchaus einseitig. Die erwähnten
 Beschlüsse der sächsischen Landesversammlung, die am 26. Oktober
 in Leipzig gefaßt wurden, erfolgten unter der Voraussetzung einer
 totalen beiderseitigen Durchführung der vorher in Dresden genau
 festgelegten Vereinbarungen. Diese Voraussetzung ist leider nicht
 erfüllt worden. Vielmehr sind in gewissen Bezirken die getroffenen
 Vereinbarungen in einer Weise ausgelegt worden, die dem Geist der
 Vorverhandlungen offensichtlich widerspricht. Der Partei-
 vorstand beschäftigte sich seitdem in wiederholten Sitzungen und
 unter Anhörung der Vertreter beider Richtungen mit diesem
 Konflikt und kam am 2. d. M. zu dem der Öffentlichkeit bereits
 mitgeteilten Beschlusse:

„Der sächsische Landtagsfraktion zu empfehlen, den
 Antrag auf Auflösung des Landtages erst zu stellen und von anderer
 Seite gefassten Anträgen auf Auflösung erst zuzustimmen, nach-
 dem die Dresdener Vereinbarungen durchgeführt sind und
 dadurch die Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen
 Landtagswahlkampf gegeben ist.“

Die Mehrheit der Fraktion hat in der Landtagsitzung vom
 8. November entsprechend diesem Rats gehandelt, während die
 Minderheit gemeinsam mit den Deutschen und den Kommunisten für einen von den Deutschen
 eingebrachten Auflösungsantrag stimmte.

Unter diesen Umständen ist es zum mindesten sehr unvorsichtig,
 wenn die Fraktionsminderheit von Parteigenossen, die unter äußerst
 schwierigen Umständen an verantwortlicher Stelle stehen und jahr-
 zehntelang der Arbeiterbewegung treue Dienste geleistet haben, be-
 hauptet, die 23 hätten sich außerhalb der Reihe der Partei gestellt.
 Das gleiche Geheiß sich mit mindestens derselben Berechtigung
 von denen sagen, die sich über die Empfehlungen des letzten Gesamt-
 parteitages und des Parteivorstandes hinwegsetzen. Es ist jedenfalls
 tief bedauerlich und geradezu unfahbar, daß der sächsische Hader in
 einem Augenblick aufs neue entfacht wird, in dem er nur den Feinden
 der Arbeiterklasse und der Republik von Nutzen sein kann.

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Herrn-Ulster und Schüpfel , mod. verarb., aus besten Stoffarten, Must. u. Farben 70.- 65.- 58.- 45.-	Herrn-Gummimäntel , aus Nessel, Körper, Covercoat, Double u. Grilkenstoffen, mit bester Gummierung je nach Qualität und Art 33.- 28.- 25.- 21.- 16.50	Damen-Lederjoppen , fesche WienerFass, a. gut. braun. Leder v. 100.- 100.-	Jünglings-Sportanzüge mit Breecheshose, in vielen Qualitäten und Mustern. von 21.- 21.-
Herrn-Paletots , ein- und zwei-reihig, aus marengo Cheviot und schwarzem Eskimo mit Samtkragen, je nach Qualität und Art 90.- 70.- 65.- 58.- 48.-	Lodenmäntel f. Damen u. Herren aus imprägniertem Strichloden in grau, grün u. braun 43.- 35.- 30.- 27.- 24.- 21.-	Sportpelze , braunmellerie Stoff- bezüge mit Kaninfütterung und Schalkragen von 95.- 95.-	Anzüge aus gewirnt. Cottweber Cheviot eisent. Qual., I. Streifl.- u. Karomust. Gr. 7-9, Sportform 30.- 30.-
Herrn-Ulster , Ersatz für Maß aus besten Stoffen in erstklassiger Ausführung mit Rückenschlitz, Falte u. Gurt 120.- 110.- 90.- 80.-	Winterlodenjoppen 1.2 reihig, und Sportform aus guten Lodenstoffen, warm gefüttert . . . von 15.- 15.-	Gehpelze , schwarzer Tuchbezug mit Kaninstückenfutter und Seal-electric Rollschalkragen . . . 225.- 225.-	Gr. 10-12, Sportform 33.- 33.-
Herrn-Jackett-Anzüge , mod. Muster und Formen 60.- 50.- 45.- 36.-	Manchester-Anzüge für Herren, Jackett ganz gefüt., mit Breecheshose und dreiteiligem Gurt. 36.- 36.-	Chauffeurmäntel a. grau Duffel mit warmem Futter und Aermel-windschutz von 65.- 65.-	Gr. 38-44 in Sport- u. Jackettform Herrenanzüge, Sportform, dreiteil. 58.- 58.-
Herrn-Sakko-Anzüge , Ersatz für Maß, aus weild. Stoffen, Form u. Verarbeit. nach neuer. Schnitt, vorzügl. Pass. 110.- 90.- 75.- 68.-	Lodenanzüge schwere Ware f. Jagd u. Sport mit Kniekerbocker, langer oder Breecheshose in verschie.d. Farben, je nach Qualität und Art 65.- 58.- 48.-	Fahrmäntel , schwere Winterware, stabil verarbeitet 80.- 80.-	Jünglings-Winterulster Größe 38/43, streng modern . . . von 27.- 27.-
Imokim- und Abendanzüge aus besten Stoffen in eleganter Ausführung von 95.- 95.-	Windjacken m. angewebt. Futter imprägn., m. aufgesetzten Taschen und Gürtel ringsherum . . . 30.- 30.-	Nacktpelze gebrauchte 35.- 25.- 25.- neue, prima Qualität 95.- 95.-	Knaben-Wintermäntel in geschmackv. Dessins und Formen, Größe 0 von 18.- 18.- Jede weit. Gr. erhöht sich entsprech.
Cutaway u. Westen , a. marengo und schwarzem Cheviot, Preis je nach Qualität 65.- 55.- 48.- 36.-	Modell-Mäntel Herren, in hervorragender, geschmackvollster, modernster Form, aus reinwollenen Flausch- und Reinstoffen, mit Seide gefüttert, 180.- 167.- 145	Fußsöcke aus gut erhalten. Schafwolle, ca. 2 m lang, für Mitfahrer, Landwirte, Wächter, Jäger, Wagen und Schlitten besonders gut geeignet von 30.- 30.- (Die Pelze sind vom Umtausch ausgeschl.)	Knaben-Anzüge , Joppenform, aus grauen u. mellerie Stoff., Größe 3-9 6.75 6.75

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Baer Sohn

Eigene Kleiderwerke
 zur Chausseestraße 29-30

Herrnlederjoppen für Auto- und Motorsport in Hotter Form, braun 92.- schwarz von 65.- 65.-

Damenmäntel

in reichhaltig. Auswahl, moderne fesche Formen von 14.- 14.-

Pelzjacken und Pelzmäntel

für Damen.

Wirtschaft

Ein Jahr Kartellgericht.

Auf Veranlassung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin sprach am Mittwochabend in der Aula der Handelshochschule der Präsident des Reichswirtschaftsgerichts, Vorsitzender des Kartellgerichts, Dr. Lucas, über das Thema: „Ein Jahr Praxis des Kartellgerichts“. Der Vortragende führte u. a. aus:

Die Kritik, die das Kartellgericht erfahren habe, ließe sich einseitig in grobe Angriffe, von der Tendenz getragen, Kartellverordnungen und Kartellgerichte baldmöglichst zu begraben, und in eine angemessene und maßvolle Kritik, die dem Gericht wesentliche Anregung gegeben hat. Die Frage der Rechtsgültigkeit des Reichswirtschaftsgerichts ist für den Vortragenden, vom rein wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, nicht gelöst. Bekanntlich ist die Verordnung erst im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden, nachdem das Kabinetts-Streikmann auseinandergefallen und die ihm verliehene Ermächtigung erloschen war. Diese Frage hatte aber keine praktische Bedeutung, da sich das Gericht in seiner ersten Sitzung für die Rechtsgültigkeit entschieden habe.

Die Kartellverordnung und das Kartellgericht seien aus der Notwendigkeit entstanden, den Preissteigerungen, die dem Volke die Lebensnotwendigkeit nahm, entgegenzuwirken. Es sei deshalb bekanntlich, daß die Kartellverordnung nicht die monopolistische Tendenz, die eben jedes Kartell hat, würdigt. Die Kartellverordnung kennt nur Kartellverträge. Das Reichswirtschaftsgericht verfolgt die Praxis, nur solche Kartellverträge in seine Tätigkeit einzubeziehen, die auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Soweit sozialpolitische Verträge in Frage kommen (Arbeitsgeberverbände und Gewerkschaften), kommen sie für die Tätigkeit des Gerichtes nicht in Frage. So kann im allgemeinen gesagt werden, daß die Notwendigkeit der Preislenkung auf die ganze Praxis des Gerichtes nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Für die Tätigkeit des Gerichtes waren bis jetzt die §§ 8 und 9 ausschlaggebend. § 8 sieht die fristlose Kündigung vor, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Was aber ein wichtiger Grund ist, sagt der Gesetzgeber nicht, sondern diese Entscheidung ist dem Gericht überlassen. Der wichtige Grund wird vom Gericht überall angenommen, wo irgendwie die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit erschwert wird. Jedoch werden hier vom Gericht bestimmte Grenzen gezogen. So ist z. B. die Kündigung eines Kartells nicht zulässig, wenn die Mitglieder höhere Gewinne erwarten haben, wenn sie sich durch das Kartell ganz allgemein in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt sehen und wenn die Preissteigerungen nicht nach ihrem persönlichen Geschmack gescheit. Dagegen hat sich das Gericht für die Zulässigkeit der Kündigung ausgesprochen, wenn das Kartell die Mitglieder zwingt, die Preise auf einer unangemessenen Höhe zu halten, wenn es Verpflichtungen, z. B. die Pflicht der Rohstoffbelieferung, nicht erfüllt, wenn ein Kartell durch Mißhandlung in seiner Grundlage verändert wurde oder wenn sich die Struktur durch irgendeine wirtschaftliche Machtverschiebung innerhalb des Kartells so verändert habe, daß die Interessen des Mitgliedes gefährdet erscheinen. Im letzten Falle braucht nicht eine Schädigung erfolgt zu sein, sondern es genügt für die Rechtsprechung des Reichswirtschaftsgerichts die bloße Gefährdung. In diesem Grundgesetz hält das Gericht trotz heftiger Anträge unbedingt fest.

§ 9 bestimmt, daß Sperren (Lieferungssperren) nicht verhängt werden dürfen ohne Einwilligung des Präsidenten des Kartellgerichts. Ueber die Anwendung des Paragraphen gibt es keine allgemeinen Grundzüge. Das Gericht hat sich aber allgemein auf den Standpunkt gestellt, nur dann die Sperren zu erlauben, wenn bei einem Angriff auf die wirtschaftliche Freiheit kein anderes Abwehrmittel mehr vorhanden ist. In bezug auf die Preisdifferenzierung sieht das Gericht auf dem Standpunkt, daß sich eine solche Differenzierung unter keinen Umständen zu einer Sperre ausweiten darf. Den Treuarbeit (Preisermäßigung für Feuerkassen) hält das Gericht für zulässig. Ungültig ist aber die Berechnungsart, die in Zeiten, wie den gegenwärtigen, zu einer Preissteigerung führen muß.

Von den ungefähr 1500 Kartellen haben bis jetzt nur 178 das Kartellgericht beschäftigt. In 44 Fällen sei eine Kündigung des Kartellvertrages für zulässig und in 39 Fällen für unzulässig erklärt worden.

Der Vortragende erntete reichen Beifall und hinterließ den Eindruck, daß trotz großer Mängel in der Kartellverordnung diese ein wirksamer Schutz gegen die Preisüberhebung abgeben kann. Allerdings lassen sich die greifbaren Erfolge des Gerichtes schwer verfolgen, so daß der Eindruck weiter Kreise, schärfer im Kampf gegen den Wucher vorzugehen, unterfrischen zu werden verdient.

Schach dem Preiswucher!

Wie die eben einsehende Konjunkturbesserung von den Preisverbänden ausgenutzt wird, zeigt ein Beschluß des Zink-Blatzwerkverbandes, der die Zinkblechgrundpreise um 150 M. pro 100 Kilogramm auf 78 M. heraufsetzt. Der Bedarf der besser beschäftigten Werke an Zinkblechen ist früher, so daß sich der Verband die Preiserhöhung gestattet. Der Verband gehört zu jenen Gruppen, die nicht genug Zollschutz bekommen können. Da Zinkbleche aber nur in geringem Umfang in Deutschland hergestellt und zum großen Teil eingeführt werden, läuft das Bestreben ganz eindeutig auf die Erzielung von Monopolpreisen hinaus.

Dieses Vorgehen steht keinesfalls vereinzelt da und wird nur durch nachlässige Anwendung des bestehenden Kartellgesetzes ermöglicht. Die Preisüberhebung hat die schwere Industriekrise verlängert; heute, wo sich der Geschäftsgang unter Einfluß der ausländischen Anleihen wieder belebt, sind Preisüberhebungen nur geeignet, die hoffnungslosen Ansätze einer Konjunkturbesserung im Keime zu ersticken. Dieser Zustand kann aber nur geändert werden, wenn das deutsche Volk am 7. Dezember eine Mehrheit in den Reichstag schickt, die mit dem Treiben der industriellen Drahtzieher endlich und gründlich Schluss macht.

Lebenshaltung und Umsatz der Konsumvereine.

Der Durchschnittsumsatz, den eine genossenschaftliche Verkaufsstelle im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder erzielt, hängt von einer Reihe verschiedener Voraussetzungen ab. Neben der Kaufkraft spielt die „genossenschaftliche Treue“, die Einsicht und der Wille der tausenden Mitglieder eine Rolle, neben der noch durch besondere Einrichtungen und Gelegenheiten die Höhe des Einkaufs auf das einzelne Mitglied bestimmt wird. So wäre es falsch, ohne weiteres aus der verschiedenen Höhe des Kaufumsatzes in verschiedenen Vereinen die verschiedene Höhe der Lebenshaltung erschließen zu wollen. Hängt doch der Umsatz neben den angeführten Umständen auch von der verschiedenartigen Zusammensetzung der Mitgliedschaft ab, die in einem aus Beamten, Gewerbetreibenden und Arbeitern bestehenden Verein eine ganz andere Kaufkraft darstellt als in einem rein professionell zusammengelegten. So müßten eine Reihe vorheriger Feststellungen und Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden, wenn man versuchen wollte, aus der Umsatzhöhe absolut oder im Vergleich verschiedener Orte Schlüsse auf die Lebenshaltung der Masse zu ziehen. Anders liegt es, soweit es sich um wesentlich dieselbe Mitgliedschaft zu verschiedenen Zeiten handelt. Natürlich ist auch

hier von einer mathematisch genauen Gleichartigkeit keine Rede, da sowohl die Zusammensetzung der Mitgliedschaft wie ihre innere Einteilung zur Genossenschaft und den Vorteilen der genossenschaftlichen Warenbezugs mancherlei wechselnden Einflüssen unterliegt, wie auch die Dabietung der Waren nicht immer genau gleich ist. Trotzdem überwiegt hier die Gleichartigkeit durchaus. Man darf unter den nötigen Vorbehalten die Entwicklung des Gesamtumsatzes als eines der Mittel verwenden, die ein Urteil über den Lebensstand des Volkes erlauben.

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ werden regelmäßig Berichte über den Umsatz der verschiedenen Vereine, einzeln und in Verbänden, im ganzen, wie im Verhältnis zur Mitgliederzahl gegeben, die im Laufe der Zeit gewisse Schlüsse auf die Entwicklung der Kaufkraft zulassen. Von Bedeutung ist dabei namentlich der Vergleich mit der Zeit vor dem Kriege.

So berichtet der Verband Thüringischer Konsumvereine, daß in 43 Vereinen mit 151 700 Mitgliedern im Berichtsjahr Juli/September 1924 ein Umsatz von 7 450 000 M. erzielt worden ist. Das sind auf das Mitglied 49,31 M. und aufs Jahr gerechnet 197,24 M. Tatsächlich ist der Umsatz auf das tausende Mitglieder höher, da auch die nichtaufgehenden „Papierkassen“ mitgerechnet sind. Das war aber vor dem Kriege ebenso. Damals aber war der Jahresumsatz je Mitglied 326 M. Er betrug also in diesem Zeitraum nur 60% Proz. der Vorkriegszeit. Da nun der Ernährungsindeks im Kleinhandel etwa 1,25 Proz. war, so entsprechen die 60% Proz. einem Warenumsatz von weniger als die Hälfte der Vorkriegszeit. Aus einzelnen Vereinen liegen ebenfalls solche Zahlen vor. So berichtet der Bezirkskonsumverein für Altenburg-Ostf., daß der durchschnittliche Umsatz „erst annähernd die Hälfte der Vorkriegszeit“ erreicht habe. Günstiger sind die Zahlen, die aus 1911 mit 80% Proz. und aus Vörrach i. B. mit 79,2 Proz. der Vorkriegszeit berichtet werden was aber unter Berücksichtigung der um ein Fünftel verminderten Kaufkraft der Mark nur etwa 64 Proz. der Warenmenge von 1914 ergibt.

Man sieht, diese aus ganz anderen Gesichtspunkten her gewonnenen Zahlen ergeben ungefähr dasselbe, was die tägliche Erfahrung und Erhebungen verschiedener Art feststellen: eine Verminderung der Lebenshaltung auf die Hälfte bis zwei Drittel der Vorkriegszeit.

Ein ähnliches Ergebnis liefert ein anderer Vergleich. Die deutschböhmischen Konsumvereine Teplich-Schönow und Böhm. Kamniz berichten von einem Durchschnittsumsatz von 259 bzw. 233 M. für das vergangene Geschäftsjahr. Der Umsatz für Thüringen, nach dem Berichtsjahr Juli/September berechnet — die vorherigen Monate würden ein noch unzulässiges Ergebnis liefern — ist 197,24 M. Da die Lebenshaltung in Böhmen vor dem Kriege keinesfalls höher gestanden hat als in Mitteldeutschland, so auch seit dem Kriege sicher nicht gehoben hat, finden wir auch hier einen Rückstand für Deutschland von einem Sechstel bis zu einem Drittel, was wohl noch zu günstig für uns sein dürfte.

Ueber die Verkehrsfrage der Deutschen Reichsbahn im Oktober wird von unternichteter Seite mitgeteilt: Seit einer Reihe von Monaten setzte im Oktober zum ersten Male wieder Wagenmangel ein, und zwar als Folge starker Anforderungen an den Verkehr, hauptsächlich zur Beförderung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln, zur Beförderung von Kohlenvorräten für Hausbrot und Industrie sowie zur Bewältigung der Zuckerernte. Im übrigen zeigte der Verkehr entsprechend der fast ununterbrochenen Wirtschaftslage keinen nennenswerten Aufschwung. War es Anfangs Oktober noch möglich, den Aufschreibungen an den Wagensperr im allgemeinen zu entsprechen, so taten gegen Mitte des Monats die fast forschhaft steigenden Anforderungen, besonders für Kartoffeln und Rüben, vorübergehend Veranlassungen hervor, die sich in Ausfällen in der Wagenstellung auswirkten. Die Wagenstellung verbesserte sich indes gegen Ende des Monats ganz erheblich. Nach den vorläufigen Feststellungen betrug die Wagenstellung im Bereich der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft im Oktober 1 619 826 offene und 1 231 594 bedeckte Wagen, d. h. eine Wehgestellung von 26 Proz. bei offenen und 14 Proz. bei bedeckten Wagen.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.		Kakao, fettarm	
Gerstengraupen, lose	18,50—24,5	Kakao, leicht entölt	102,00—170,00
Gerstengrütze, lose	18,50—18,75	Tea, Souachon, gepackt	320,00—470,00
Haferfloeken, lose	21,00—21,00	Tea, indischer, gepackt	49,00—470,00
Hafergrütze, lose	21,50—22,50	Inlandszucker basis mel	30,20—33,00
Roingemehl 01	17,00—19,00	Inlandszucker Raffinade	31,00—33,00
Weizengries	19,25—22,50	Zucker Würfel	37,00—42,00
Hartgeröl	24,50—27,0	Kunsthonig	35,00—41,00
70% Weizenmehl	17,00—19,25	Zuckersirup hell in Elm	40,00—45,00
Weizen-Auszugmehl	19,50—26,50	Speisesirup dunk. in Elm	27,00—31,00
Speisebrenn, Viktoria	13,00—24,00	Marmelade Weinr. Erab	90,00—95,00
Speisebrenn, Kilmie	14,00—18,00	Warmeide Vierfrucht	60,00—
Bohnen, weiße, 1erl	22,00—24,75	Pflaumenmus in Eimern	41,00—53,00
Langbohnen handverles.	23,50—37,5	Steinsalz, in Säcken	3,10—3,60
Linsen, kleine	18,50—29,50	Siedesalz in Säcken	3,20—3,80
Linsen, mittel	31,00—37,50	Bratenschmalz in Tierces	91,00—93,00
Linsen, große	37,50—42,25	Bratenschmalz in Kübeln	91,00—93,00
Kartoffelmehl	17,25—21,25	Purelard in Tierces	87,00—88,00
Makkaroni, Hartgeröl	43,50—48,0	Purelard in Kisten	87,00—92,00
Eiernudeln	47,00—54,00	Speisestärke in Kübeln	65,00—65,00
Wehnudeln	2,00—30,00	Margarine, Handelsm. I	66,00—
Bruchreis	16,50—18,00	„ „ „ „ II	60,00—63,00
Raroon Reis	19,50—20,00	Margarine, Spezialm. I	50,00—55,00
Tafelreis, glasiert, Patna	24,25—35,00	„ „ „ „ II	49,00—51,00
Tafelreis, Java	32,75—42,00	Molkereibutter la i. Pack	208,00—210,00
Rindfleisch, amerik.	80,00—1 0,00	Molkereibutter i. Pack	21,00—220,00
Getr. Pflaumen 50/100	43,00—45,0	Molkereibutter II i. Pack	175,00—172,00
Pflaumen, entsteint	66,00—67,0	Molkereibutter i. Pack	185,00—205,00
Gal. Pflaumen 40/51	60,00—65,00	Auslandbutter in Fässern	214,00—221,0
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—70,00	Corned beef 12-6 lbs p. K.	40,00—42,00
Sultaninen Caraburnu	75,00—92,00	Aust. Speck, geräuchert	108,00—120,00
Korinthen, choice	65,00—78,00	Quadratölse	45,00—60,00
Mandeln, süße Bari	195,00—210,0	Flister Käse, vollfett	123,00—135,00
Mandeln, bittere Bari	200,00—210,00	Bayr. Emmentaler	160,00—170,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	E-bter Emmentaler	170,00—185,0
Kümmel, holländischer	85,00—65,00	Aust. ungesüß. Condensmilch 48/16	21,00—23,50
Schwarzer Pfeffer Jangap.	120,00—130,00	Inländische desgl. 48/12	16,50—19,25
Weißer Pfeffer	175,00—188,00	Int. rez. Contennm 48/14	25,00—25,00
Robkaffee Brasil	203,00—213,00		
Robkaffee Zentralamerika	210,00—3 8,00		
Robkaffee Brasil	280,00—300,00		
Robkaffee Zentralam.	330,00—400,00		
Roggetreide, lose	20,00—22,00		

Stoffe für Herren und Damen-Bekleidung

Anzug-Stoffe „edleste Qualitäten“, in Garbaraten u. neuen Tuchbindungen, Dr. 140 cm Mir. 15.-, 20.-, 25.-, 10.-
 Velour de laine, Eskimo für Paletot, Mantel und Ullster, 10.-, 15.-, 20.-, 8.-
 Breite 130/50 cm . . . Mir.
 Manchester-Loden für Sport-Anzüge, Pel'ricorn, imprém., Breite 70/140 cm . . . Mir. 6.-, 8.-, 10.-, 4.-

Koch & Seeland
 Gertraudenstraße 20 21 gegenüber der Petrikirche.

Edelster Deutscher Weinbrand

Scharlachberg Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg A.-G., Bingen am Rhein
 Filialbureau Berlin: Berlin W. 57, Kurfürstenstraße 28.

Die neue



H. Ri.



muss man benutzen zum Stiefelputzen!

Chem. Werke Lebzynski & Co. A.-G., Berlin-Lichtenberg

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus am Königsplatz

Lesing-Theater Die gr. Revue Wien gib acht!

Deutsch. Theater Die heilige Johanna

Kammerspiele Die tote Tante und andere Begebenheiten

Residenz-Theater Die vier Schäumeier

Kleines Th. Tilla Durieux

Ein idealer Gatte

Berliner Theater 730 Uhr: Ciocio

Variété Revue

Rose-Theater

KOMISCHE OPER

GRÖSSTE REVUE

ALLER ZEITEN

„Das hat die Welt noch nicht gesehn“

Apollon-Theater

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat. Stettiner Sänger

Th. im Admiralspalast

Central-Theater

Deutsches Opernhaus

Intimes Theater

Metropol-Theater

Neues Th. am Zoo

Th. i. Kommand. Str.

Wannsee-Theater

Gr. Kinder-Vorst.

Rotkäppchen

Goethe-Bühne

Alt-Heidsberg

Walthalla-Theater

Rotkäppchen

Casino-Theater

Satan Weib!

Circus Busch

Der Kampf um Wasser

Wintergarten

Variété-Spielplan

Reichshafen-Theat.

Krause-Pianos

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Funktionsprüfung

Allgemeine Ortskonferenz

Berliner Müllabfuhr Aktiengesellschaft

Bett Simon & Co.

Tuchgroßhandlung!

Landparzellen

Pianos, Flügel

Verkäufe

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.

Reichshafen-Theat.



Damenmäntel, Wintermäntel 7.-

Reisetaschen, Koffer, Koffer

Damenmäntel, Wintermäntel 8.-

Reisetaschen, Koffer, Koffer

Damenmäntel, Wintermäntel 9.-

Reisetaschen, Koffer, Koffer

Damenmäntel, Wintermäntel 10.-

Reisetaschen, Koffer, Koffer

Damenmäntel, Wintermäntel 11.-

Reisetaschen, Koffer, Koffer

Damenmäntel, Wintermäntel 12.-

Reisetaschen, Koffer, Koffer

Damenmäntel, Wintermäntel 13.-

Reisetaschen, Koffer, Koffer

Damenmäntel, Wintermäntel 14.-

Reisetaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer

Sporttaschen, Koffer, Koffer